

10. VI. 1930

Stadt
Bucherei
Erlang

Jahrgang X Nr. 11

1. Juniheft 1930

Der Heimatdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Zur Henck-Knapp, Vom Sinn des Pfingstfestes; Dr. K. Baber, Das Kantaropollensambrosien-Steinbe; Werner Stephan, Die 50. Bekehrung des Ostpreußen; Schülerleitertreffen; Pomeranische Konferenz in Berlin; Theodor Hess, Vierhundert Jahre Augsburgs Konfession; W. Doll und G. Schwalm, Die deutsche Ölpresser; Mitgliederzeitung, 10 Jahre Verbandsrechnung für den Zielungsverband Bayerischer Ziel; Florian Kienzl, Joh. Gottfried Seuma.

In Kommission:
Zentralverlag ^{8. M.} Berlin ^{W 35}
Halbjährlich 3,00 Mark / Jährlich 7,20 Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Augsburg

Vom Sinn des Pfingstfestes / Von Elly Heuß-Knapp.

Wie reich an Sinn und Seele baut sich das Kirchenjahr über dem bürgerlichen Jahre auf! Der nordliche Winter wäre trostlos ohne den festlichen und Weihnachten; nur im jungen Grün des Frühlings kann Auferstehung gefeiert werden, und zum Pfingstfest gehört die überschwellende Fülle des jungen Sommers! Und doch weiß man noch nichts von Pfingsten, so lange man nur vom Prangen der Natur spricht, denn sie gibt unseren Festen im besten Falle Sinnbild, nicht aber Inhalt. Für viele ist gerade dieses Fest fast leer geworden an Sinn und Tradition; so mögen wir uns heute um seine Deutung mühen.

In allen Straßen werden feine Birkenzweige ausgedehnt zum Schmuck der Häuser. Auch in der Kirchen ehrwürdiger Nacht spielen sie in heller Hellekeit. Dieser Brauch mag von den Pfingstmalen der Walpurgisnacht herrühren, vom Maibaum, um den die Ähnen tanzen — wir wissen nicht viel darüber. Aber schon Luther überlegt aus dem Psalm „Schmücket das Fest mit Malen, bis an die Hömer des Altars!“ Mag das junge Grün der nordischen Birke auch an germanische Vorgelt erinnern, der Gehalt unseres Pfingstfestes ist doch der alttestamentarischen Stille näher verwandt. Im dritten Buch Mose, im 25. Kapitel finden wir die Einsetzung der jüdischen Feie: „Das sind die Feie des Herrn, die ihr beizubehalten und Meine Feie heißen sollt, da ihr zusammenkommt.“ Zusammenkommen bedeutet, nach Jerusalem ziehen. Die Feien sind Wallfahrtsfeie. Kein Einziger kam sie allein feiern; sie sind im höchsten und tiefsten Sinn Gemeinschaftsfeie. — Gänzlich Gage nach dem Passahfest soll ein neues Fest ausgerufen werden und heilig gehalten mit Speiseopfern, den Erstlingsbrot und den jährigen Gabern. So ist das jüdische Pfingstfest ein frühes Erntefest; erst spätere Zeiten haben ihm den zweiten Sinn gegeben. Es wurde zur Erinnerungsfest an die Gesetzgebung auf dem Sinai. Alle jüdischen Feie haben die doppelte Bedeutung: einmal zur Jahresszeit, dann und Opfer dem Schöpfer, und dann zur Geschichte des Volkes, Erinnern und Danken für göttliche Hilfe. Rationale und religiöse Tradition verschlingen sich auf innigste.

Im das jüdische Fest der „Gänzig Gage“ zu begeben, war die kleine Schar der Christen in Jerusalem einmütig bestimmen. Dort hatte sie jenes Opferfest erlebt, bei dem ihr Herr und Meister sich selbst als Opferlamme gegeben hatte. Der alte Festbrauch war ihnen in ganz neuer Sicht erstrahlt. Sie waren nach dem großen Opfererlebnis nervlos zurückgeblieben und warteten auf den versprochenen Tröster.

Im jenem ersten Pfingstfesten, den sie nach jüdischer Überlieferung begehren wollten, wurde die Verheißung erfüllt: der Geist kam über sie. Es geschah ein Brausen vom Himmel, wie eines gewaltigen Windes, so hielt es in der Apokalypse die 2. Kapitel zu lesen. Erst dieser Wind machte das Fest zum christlichen Pfingsten, — das freilich weder Wald noch Höhe feiert, das nur geahnt wird, wo Menschen in wartender Gemeinschaft Gott suchen. Die Schrift redet mehrmals von solchem Windesbrausen, der wie ein Hauch, ein Odem Gottes ist. So hielt es schon in der Schöpf-

ungsgeschichte, Luther überlegt: ein lebendiger Odem. Das hebräische Wort „ruach“ ist das gleiche wie das griechische „pneuma“, es bedeutet Geist und Hauch in einem. So wird es auch gebraucht, wenn Jesus den Nikodemus unterweisen will in den Geheimnissen der Wiedergeburt: Der Wind bläst, wo er will, und du hörst kein Seulenmodell; aber du weißt nicht, von wannen er kommt und wohin er fährt. Also ist ein geistlicher, der aus dem Geist geboren ist.“

Das ist eigentlich schon Pfingstherausgelum. Hier wird es einem Einzelnen in der Einsamkeit der Nacht verheißt. Am Pfingsttag ergreift es die ganze Schar. Sie langte an zu reden, in anderen Tungen; wie flammende Zungen, tanzte sich, nach dem Bericht, der Geist auf ihre Häupter niedergelassen. In flammender Rede, so sagt unser heutige Sprachgebrauch, preisen sie die großen Taten Gottes. Jeder versteht sie, jeder glaubt ihre Sprache zu hören. — So war auch das Gesetz am Sinai in sieben mal zehn Sprachen verkündigt worden, allen Völkern zugehört. Dilettant will aber das Pfingstwunder auch das Ende der großen Verwirrung andeuten, die mit dem Turmbau von Babel über die Menschen kam, als Gott ihre Sprache verwirrte. . . .

Wir wissen nicht, wie weit unsere Pfingstgeschichte solche Kindheitsklänge des Menschengeschichts wieder aufnehmen sollte. Wie erzählt in dem feierlichen Heiligtum, das nach „beräudenden“ Stunden heiligen Kaufens im Gedächtnis kosten bleibt. Sie zeigt, was dieser heiligen Schar Menschen großes geschick: sie wurden eins, sie erlebten das Wir hat das Ich, und sie wußten, daß sie zugleich mit Gott eins wurden, „heiligen“ Geistes voll.

Deshalb kennt das Pfingstlied nur das Wir: „O heiliger Geist, sehr dich uns ein.“ Während der fromme Fischerbater zu Weihnachten als Einziger sprechen kam: „ich sitz an deiner Krippe hier“ und am Karfreitag: „gegrüßt seist du Welt“, Pfingsten ist das Fest der Gemeinde und der tiefe Sinn unserer Sprache hat in diesem Wort Gemeinde eben schon diese Einheit in der Vielheit aufgewiesen. Pfingsten ist aber auch das Fest des Überwagens, des Entlassens der Predigt, die über Menschensprache und Menschenverstand wirkt, wie der zündende Funke und wobei doch, wenn der Glanz der Verkündung verloschen ist, die nichterliche Willenskraft ausgesetzt wird. Die Hörer fragen zuletzt den Apostel: „Was sollen wir tun?“ . . .

Dem, der nach dem Sinn unserer Feie fragt, klingen die Antworten aus den Jahretausenden, ein vielstimmiger Chor. Man muß im Mitgehen und Zuhören gelibt sein, um Thema und Leitmotiv zu fassen. „Im reinen mit die Feie dann sein, wenn sie den Oratorien gleicht: Da nehmen die Chöre den alten Klang der Choräle auf und geben ihn unverändert weiter, aber dann erhebt sich die Einzelstimme und spricht in der Sprache der Zeit, mit neuen Worten ewige Wahrheit zu verkünden. So will auch unserer Zeit das Pfingstfest, neben dem Gedanken an seinen Ursprung, auf heutige Fragen neue Antwort geben über den Sinn wahrer Gemeinschaft.

Das Paneuropa-Memorandum Briands.

Von Dr. K. Baden.

Am 17. Mai haben die diplomatischen Vertreter Frankreichs den Regierungen der europäischen Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, ein Memorandum über die Organisation eines Systems eines europäischen Staatenbundes überreicht, das, lange angehängt, namentlich die Grundlage einer vermuthlich vielseitigen Disziplin bilden wird. Das Memorandum wurde vor seinem Erscheinen als ein Fragebogen bezeichnet. Man sieht nun, daß es weit mehr ist, daß es eine Art Programmaturwurf für Paneuropa ist, zu dem die europäischen Regierungen gebeten worden sind, bis zum 16. Juli eine Antwort zu geben.

Der Inhalt des Memorandums ist kurz folgender: In einer längere Einleitung wird darauf hingewiesen, welche Gefahren aus der ungenügenden moralischen und wirtschaftlichen Einheit Europas sich für den Frieden und das Wohlergehen der Völker ergeben. Die Schaffung einer europäischen Gemeinschaft sei notwendig. Diese müsse sich aber im Rahmen des Völkerbundes halten und eine Art regionale Untergliederung des Völkerbundes darstellen. Deshalb mühten auch diejenigen Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes seien, ausgeschlossen bleiben. Das heißt: Ausland und die Türkei sollen zu dieser geplanten europäischen Gemeinschaft nicht zugezogen werden. In vier Abschnitten wird sodann entwickelt:

1. die „Notwendigkeit eines allgemeinen, wenn auch noch so elementaren Vertrages zur Aufstellung des Grundgesetzes der moralischen Union Europas und zur feierlichen Befestigung der zwischen europäischen Staaten geschaffenen Solidarität“.

2. Die „Notwendigkeit einer Einrichtung, die der europäischen Union zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderliche Organe sichert“. Unter diesem Abschnitt wird die Bildung von drei neuen politischen Körperschaften angeregt, nämlich einer europäischen Konferenz, auf der die Vertreter der europäischen Staaten in regelmäßigen Abständen, die europäischen Probleme beraten sollen, ferner eines politischen Komitees als Ausführungsorgan dieser Konferenz; und schließlich eines Sekretariats zur Erledigung der technischen Aufgaben. Diese drei neuen Organe lassen das Modell, nach dem sie gebildet werden sollen, klar erkennen. Sie sind nach dem Vorbild des Völkerbundes gedacht, und zwar entspricht die europäische Konferenz der Völkerbundsversammlung, das politische Komitee dem Völkerbundsrat und das Sekretariat dem Völkerbundssekretariat in Genu, also auch organisatorisch soll es ein europäischer Völkerbund sein.

3. Wird über die Notwendigkeit der vorherigen Festlegung der wesentlichen Leitgedanken gesprochen, die bei der Aufstellung des Programms für die Arbeit der geplanten europäischen Union

maßgebend sein sollen. Dieser Punkt ist vielleicht der wichtigste des Memorandums, er zeigt jedenfalls am deutlichsten die politischen Absichten, die die französische Regierung mit ihrem Memorandum verfolgt. Es wird darauf deshalb folgend noch näher eingegangen sein.

4. Gibt das Memorandum dann eine ganze Anzahl Programmpunkte an, mit denen sich die Arbeit der vorgezogenen paneuropäischen Union beschäftigen soll, wie Wirtschaft im allgemeinen, wirtschaftliche Ausrichtung, Transitfragen, Finanzfragen, Erlösefragen, intellektuelle Zusammenarbeit, interparlamentarische Beziehungen usw. Der Schlüssel des Memorandums ist sodann ein Appell an die Regierungen und eine Betonung der Notwendigkeit paneuropäischer Zusammenarbeit.

Das Memorandum Briand's wird zur Zeit von den beteiligten Regierungen geprüft, und bevor die Antworten der Regierungen vorliegen, ist es nicht möglich, in allen Details dazu Stellung zu nehmen. Die Aufnahme in der internationalen Presse war mehr oder weniger zurückhaltend, in England sogar recht ablehnend. Zweifellos entspricht das Memorandum Briand's einer in Europa weitverbreiteten Überzeugung, die, anzusehen mit den Hindernissen, welche die zahlreichen europäischen Grenzen der wirtschaftlichen Entwicklung des Kontinents entgegenstellen, und aus dem Bewußtsein heraus, daß die bisherige wirtschaftliche und geistige Vormachtstellung Europas in der Welt bedroht, ja vielleicht schon abgedroht ist, eine Zusammenfassung und Stärkung der Gesamtkräfte Europas fordert. Die Idee, die dieser Überzeugung zugrunde liegt, ist, daß die Völker Europas die durch so viele nationale, historische und politische Gegensätze voneinander getrennt sind, sich auf dem Boden wirtschaftlicher Zusammenarbeit treffen und von hier aus, also von der Gesamtheit wirtschaftlicher Lebensinteressen aus, diese Gegensätze überwinden und ausgleichen sollen. Als Beispiel einer solchen Entwicklung ist der deutsche Zollverein oft zitiert worden, der die wirtschaftliche Grundlage der späteren deutschen Einheit geworden ist. Also nicht der politische Wille, nicht irgendein moralisches Einheitsstreben der europäischen Völker, sondern die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die Gefahr, daß die übermächtige Konkurrenz Amerikas und bald vielleicht auch die Asiens die Wirtschaft aller europäischen Völker am Lebensnerv treffen könnte, ist ursprünglich die Grundlage paneuropäischer Bestrebungen. In diesem Sinne hat auch Stresemann öfter zu dem Gedanken Paneuropas positive Stellung genommen. Das Memorandum Briand's geht aber von ganz anderen Überlegungen aus. Schon in der Einleitung wird der Gedanke der Parallelität europäischen Einigungsstrebens und des früheren deutschen Zollvereins ausdrücklich abgeleitet und gesagt, es handle sich jetzt um „eine völlig andersartige Konzeption als diejenige, die früher in Europa die Bildung von Zollvereinigungen bestimmt habe, die die Befestigung der inneren Zollgrenzen zum Zweck hatten.“ In Abschnitt 3 des Memorandums wird über diese grundsätzliche Seite der Angelegenheit dann ausführlicher gesprochen und der Grundatz aufgestellt, daß das wirtschaftliche Problem dem politischen untergeordnet werden müsse. „Da jede Fortschrittsmöglichkeit auf dem Wege der wirtschaftlichen Einigung streng durch die Sicherheitsfrage bestimmt wird“, so heißt es, „und diese Frage selbst ein mit der des erreichbaren Fortschritts auf dem Wege der politischen Einigung zusammenhängend, müßte die Aufbahnbereitung, die Europa seine organische Struktur geben soll, zunächst auf dem politischen Gebiet ergehen... Es ist daher logisch und normal, daß die der Gemeinschaft zu bringenden wirtschaftlichen Opfer ihrer Berechtigung nur im Ausmaß einer politischen Lage finden können, die auf dem Vertrauen zwischen den Völkern und der wirklichen Befriedigung der Geister beruht.“ Weiter heißt es dann: „Eine solche Auffassung könnte den allgemeinen Ausbau der Schiedsgerichts- und Sicherheitsverträgen in Europa sowie die fortschreitende Ausdehnung der in Locarno begonnenen Politik der internationalen Garantien auf ein ganzes europäisches Gemeinwesen bis zur Zusammenfassung des Sonderabkommens oder Abhens von Sonderabkommen in einem allgemeinen System zur Folge haben.“

Wer die französische Sicherheitspolitik seit Versailles überblickt und besonders verfolgt hat, wie Frankreich diese Politik bei den Abrüstungs- und Sicherheitsverhandlungen in Genf durchgeführt hat, kann hier voraus bekannte Töne. Wie den Abrüstungsverhandlungen in Genf hat Frankreich Konsequenz und unerwiderter Standpunkt vertreten, auf Sicherheit kann Abrüstung, und das zur Behandlung der Sicherheitsfrage ein besonders sogenanntes Sicherheitskomitee durchgesetzt, dem die Aufgabe gestellt wurde, die Sicherheit der Völkerverbände zu fördern. Auch auf den Sonderer Seearbeitsverhandlungen dieses Frühjahres hat Frankreich neue Sicherheitsforderungen gestellt. Sicherheit im französischen Sinne und im Sinne von dessen östlichen Bundesgenossen (Polen und Kleine Entente) heißt aber nichts anderes als Sicherheit des Status quo, Fixierung und

Sicherung der heutigen Besitz- und Machtverteilung in Europa. Derselbe Sicherheitsbegriff wird nun auch zum Ausgangspunkt für die französische Konzeption von Paneuropa: Der Weg nach Paneuropa, der Weg nach einer wirtschaftlichen Rationalisierung Europas, soll nur durch den Engpaß der Sicherheit, wie Frankreich sie auffaßt, gehen, d. h. Paneuropa soll nur gelattet werden, wenn es die gegenwärtige militärische und politische Hegemonie Frankreichs in Europa behält und befestigt. Während man bisher hoffte, wirtschaftliche Verflechtung und Verdingbündung unter den europäischen Völkern werde allmählich die Lösung der politischen Gegensätze ermöglichen, ist die These von Briand's Memorandum gerade entgegengesetzt, die, daß eine wirtschaftliche Verdingbündung und ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der europäischen Völker nicht möglich, ja nicht einmal erlaubt seien, bevor nicht die politischen Gegensätze geregelt sind. Die Regelung dieser politischen Gegensätze geht also im Sinne der französischen Sicherheitsgedanken durch Fixierung der heutigen Grenzen stattfinden. Wenn Deutschland auf der Konferenz von Locarno ebenso wie bei den Sicherheitsverhandlungen in Genf sich gegen ein sogenanntes Ost-Locarno, d. h. gegen die Aufhebung eines Vertrages, durch den wir unsere unmöglichen Öligrenzen definitiv anerkennen und selbst garantieren sollten, wehren mußte und mit Erfolg gewehrt hat, so ergibt sich aus Absatz 3 des Briand'schen Memorandums, daß wir auf dem Weg zu Paneuropa, wie Briand ihn sich vorstellt, diesen alten Bekannten, dem Ost-Locarno, von neuem begegnen sollen, denn etwas anderes kann die oben zitierte Formel „fortschreitende Ausdehnung der in Locarno begonnenen Politik der internationalen Garantien auf die ganze europäische Gemeinschaft bis zur Zusammenfassung der Abkommen oder Abhens von Sonderabkommen in einem allgemeinen System“ nicht bedeuten. In dieser Formulierung steckt aber noch mehr. Locarno war für Frankreich ja nur eine Abschlagszahlung auf das Genfer Protokoll, das beabsichtigt der integrale Ausbau des französischen Strebens nach Sicherung des Status quo gewesen ist. In der oben zitierten Formulierung ist die (schrittweise) Verwirklichung des Genfer Protokolls als Ziel der französischen Paneuropa-Politik wiederum fast vorgezeichnet. Man sieht also: die französische Politik ist, auch wenn es um Paneuropa geht, konsequent. Die Frage ist nur, ob irgendwelcher Fortschritt im Sinne Paneuropas auf diesem Wege möglich sein wird. Wenn die heutige Unruhe Europas auf den durch die Friedensverträge festgelegten unmöglichen Grenzen mit in erster Linie beruht, wie wir man diese Unruhe beseitigen, wenn man das Prinzip der Unabänderlichkeit dieser Grenzen zum Ausgangspunkt nimmt? Die nun schon mehrjährigen Sicherheitsverhandlungen in Genf haben wenig Positives zum Ergebnis gehabt, und man kann im Hinblick auf die Lösung der Probleme von dieser Seite her begründete Zweifel hegen.

Es liegen sich zu Briand's Memorandum noch mehrere kritische Fragen stellen. Wie wird sich der Ausfall des Ausbaus aus dem von Briand festgelegten Paneuropa auswirken? Wie will man die Sicherheitsfrage in der neuen geplanten Organisation behandeln, ohne daß Ausland zugezogen wird, das doch bisher an den Abrüstungs- und Sicherheitsverhandlungen in Genf beteiligt war? An einer Stelle seines Memorandums erklärt Briand, die neue, von ihm vorgezogene Organisation sollte Fragen behandeln, die im Völkerbund noch nicht behandelt worden seien. Bei der Aufzählung der von der neuen Organisation zu behandelnden Fragen in Absatz 4 des Memorandums macht er dann jedoch eine ganze Anzahl Fragekomplexe, wie Hygiene, Transit, intellektuelle Zusammenarbeit usw., namhaft, mit denen sich der Völkerbund seit Jahren beschäftigt hat. Und schließlich hat das dafür bestellte sogenannte Sicherheitskomitee in einer ganzen Anzahl von längeren Tagungen die Sicherheitsfrage, deren Prüfung und Lösung Briand im Abschnitt 3 seines Memorandums als grundlegend für die neue europäische Organisation bezeichnet, immer wieder diszipliniert, wobei es sich im Grunde auch nur um die europäische Seite der Sicherheitsfrage handelte, die für Frankreich und seine Bundesgenossen ja auch die einzige wirklich interessante ist. Im so auffälliger ist daneben, daß diejenige Frage, mit der parallel und in enger Verbindung nach Frankreichs eigenem Willen in Genf die Sicherheitsfrage behandelt wird, nämlich das grundlegend wichtigste Problem der Abrüstung, in Briand's Memorandum mit keinem Wort erwähnt wird. Es bedeutet, daß bei den Verhandlungen der geplanten europäischen Session des Völkerverbundes, wie sie Briand erhebt, die Abrüstungsfrage, die in der Satzung des Völkerverbundes ausdrücklich als eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerverbundes bezeichnet ist, ausgeschlossen werden soll?

Die vorerwähnten Andeutungen mögen genügen, um die Problematik aufzuzeigen, die Briand's Memorandum aufrollt. Deutschland hat gewiß keinen Grund, sich der Mitarbeit am Aufbau eines besseren und geistigeren Europa zu verweigern, im Gegenteil. Kein Land Europas hat eine so hohe Zahl von Arbeitslosen. Kaum eines so schwere wirtschaftliche Not, keines

ist so sehr darauf angewiesen, daß durch Abbau der Zollschranken Wirtschaft und Handel sich besser entwickeln können, keines wäre für den Fall kriegerischer Verwicklungen so gefährdet wie Deutschland, keines hat deshalb an allen Erörterungen und Bemühungen um ein politisch und wirtschaftlich gesünderes Europa ein stärkeres

Interesse. Allerdings ist aber auch richtig, daß ohne Deutschland jeder Schritt in paneuropäischer Richtung unmöglich ist und daß Panuropa weder ohne noch gegen Deutschland gemacht werden kann. An Deutschlands gutem Willen zu wirklich gesunden Lösungen wird es sicherlich nicht fehlen.

Die 59. Ratstagung des Völkerbundes.

Von Werner Stephan.

Dom 12. bis 15. Mai fand in Genf die 59. Tagung des Völkerbundes statt. Dabei siefen sich von den 14 Mitgliedstaaten des Rates nicht weniger als sieben durch die verantwortlichen Leiter ihrer Außenpolitik vertreten, nämlich Deutschland durch Minister Curtius, England durch Herderson, Finnland durch Procope, Frankreich durch Briand, Italien durch Grandi, Polen durch Jolecki und Jugoslawien durch Marinfowitsch; außerdem war der griechische Außenminister Michalopoulos erschienen. Die Anwesenheit so zahlreicher prominenter Männer bei einer Tagung, deren Programm keine ungewöhnlichen Probleme umfaßte, beweist mit aller Deutlichkeit, wie großen Wert mindestens die europäischen Staaten auf intensive Mitarbeit im Völkerbund legen. Allgemein wird mit besonderer Aufmerksamkeit das erste Erscheinen des deutschen Außenministers Dr. Curtius im Völkerbundrat gewürdigt. Bei der 58. Sitzung im Januar d. J. war Dr. Curtius durch die gleichzeitig stattfindende Haager Konferenz festgehalten. Mit den Völkerbundproblemen, soweit sie auf wirtschaftspolitischen Gebiet liegen, er hat freiwillig in seiner langjährigen Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister enge Verbindung gehabt. Ein großer Teil der jetzt in Genf versammelten Außenminister war ihm auch schon durch die Verhandlungen über das Haager Abkommen bekannt. Dr. Curtius hat aber selbst in einem Interview dem Vertreter des „Journal des Genevois“ gegenüber unterstrichen, wie große Bedeutung er gerade den Genfer Beratungen beimisst. Er hat darauf hingewiesen, daß jetzt nach den jüngsten Konferenzen der letzten Jahre die eigentlichen Völkerbundaufgaben ein erhöhtes Interesse zukomme. Er hat an die Arbeit Stresemanns erinnert und sein Betreten betont, das Werk seines Vorgängers fortzusetzen; er hat schließlich seinen Willen bekundet, weiter zu arbeiten, damit der Völkerbundgedanke vertieft und die Völkerbundarbeit vervollkommnet wird.

An der Erreichung dieses Ziels konnte auch auf der 59. Tagung des Völkerbundrates gearbeitet werden, wenn sich die wichtigsten Tätigkeiten des Rates auch im Augenblick darauf beschränken mußte, die Vollversammlung des Völkerbundes, die am 10. September zusammenzutritt, vorzubereiten. Zu diesem Zweck hat der Völkerbundrat sich mit den Berichten einer ganzen Anzahl von Kommissionen beschäftigt, die in letzter Zeit die umfassendsten und schmerzlichsten internationalen Probleme bearbeitet haben. Es handelt sich dabei u. a. um die Zuspäung des Völkerbundrats in der Kelloggaffäre, um die Arbeit des Schiedsgerichts- und Sicherheitskomitees, um die Konferenz für die Kodifizierung des internationalen Rechts und um die englischen Vorschläge über die beschleunigte Inkraftsetzung des Abkommens über den Waffenhandel. Alle diese Punkte wurden auf die Tagesordnung der kommenden Völkerbundversammlung gesetzt. Damit wurde dem Grundsatze Rechnung getragen, daß Fragen von allgemeiner Bedeutung nicht von dem engeren Gremium des Rates, sondern von allen Mitgliedern des Völkerbundes zu erledigen sind. In der großen Septembertagung aber wird Gelegenheit sein, die zum Teil sehr umfangreichen Berichte ausführlich zu diskutieren und zu beschließen, in welcher Weise die Arbeiten der verschiedenen Konferenzen und der mannigfachen Kommissionen wirksam gemacht und weitergeführt werden können.

Die Völkerbundversammlung wird sich auch mit dem Inkrafttreten der im vorigen Jahre angenommenen Abänderungen zur Satzung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs beschäftigen. Vorläufig sief die Ratifikation des revidierten Statuts bei zahlreichen Ländern noch aus. Bis zum September muß sie von seiten aller Mitgliedsstaaten des Gerichtshofs vorgenommen sein, damit die Neuwahl des gesamten Gerichts auf Grund der neuen Satzungen und unter Beteiligung der Vereinigten Staaten erfolgen kann. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß im Herbst auch ein deutscher Richter in den Haager Gerichtshof gewählt wird. Vom Haager Gerichtshof erbat der Völkerbundrat ein Gutachten über die Möglichkeit des Beitritts der Stadt Danzig zur internationalen Arbeitsorganisation, ein Frage, die für die internationale Stellung Danzigs von beträchtlicher Bedeutung ist. In den Verhandlungen des Völkerbundrates spielte der Haager Gerichtshof auch insofern eine Rolle, als die Akkreditierung des bisherigen Richters Charles Evans Hughes vorlag.

Personalfragen wurden auch sonst in der Ratstagung verschiedentlich behandelt. Für Deutschland ist von besonderer Be-

deutung, daß bei der administrativen Reorganisation des Völkerbundsekretariats die Forderungen, die im Interesse einer effizienten Arbeit gestellt werden, sich durchsetzen. Die Zusammenfügung des internationalen Genfer Beamtenkörpers ist für Deutschland von größtem Belang. In der zu diesem Zweck eingesetzten Studienkommission, die im Juni zusammenzutritt, ist es durch den Grafen Bernhoff vertreten. Schon jetzt wurde die Neubestimmung der Mandatskommission vorgenommen. Dr. Kasli, der seinen Rücktritt erklärt hatte, wurde durch Ministerialdirektor Dr. Ruppel, von bisherigen Leiter der Kelloggaffärenkommission in Paris, ersetzt. Auch die ausländische Presse hat im Zusammenhang mit dieser Wahl die besondere Erwähnung Dr. Ruppels für diesen Posten und seine Sachkenntnis, die in langjähriger Arbeit in den deutschen Kolonien erworben wurde, hervorgehoben. Deutschland erhielt ferner einen Sitz in der Sachverständigenkommission für die Erforschung der Schlafkrankheit; als Mitglied wurde Dr. Max Traute gewählt. In das Hygienekomitee wurde für Deutschland Dr. Jabassohn berufen. Die Probleme der internationalen Hygiene spielen auch abseits der Personenfragen eine beträchtliche Rolle. Der Kampf gegen das Opium und die sonstigen Rauschgifte wurde ausgiebig behandelt, wobei bedeutsam ist, daß mehrere Vertreter von Ländern, die an der Herstellung derartiger Stoffe nicht beteiligt sind, in den zuzuführenden Austausch entsandt wurden. Auch Mexiko und Ägypten entsandten, obwohl nicht Mitglieder des Völkerbundes, Ausschüsse, die im Hinblick auf die gerade von Deutschland ergriffene Uniformität des Völkerbundes begrüßt sind.

Gerade während dieser bedeutsamen Arbeiten für die Wohlfahrt und Gesundheit der Nationen traf die Nachricht von dem plötzlichen Tode des Mannes ein, der stets überall da, wo schwere Schäden die Völker bedrohten, eifrig eingegriffen hatte, Fritz Hofmann. Der Völkerbundsrat erbeut das Andenken des großen Toten, der mit Genf in engster Fühlung gearbeitet hat und dem der Völkerbund so viel verdankt, durch einen feierlichen Nachruf. Die Kundgebung, die der Vorsitzende Marinfowitsch erteilte, legte Zeugnis ab von der tiefen Trauer, die über alle Sprachgrenzen hinweg die Völker beim Tode des heroerrogernden Menschen und Fortsetzers Janen empfinden.

Von besonderer Bedeutung für Deutschland waren zwei Punkte der Ratstagung. Einmal, wie bei jeder Zusammenkunft in Genf schon seit Jahren, mehrere Minderheitsbeschwerden und zweitens der Bericht über die Völkervereinigungskonferenzen, die im Februar dort getagt hatte. Die Beschwerden aus Oberösterreich, die dem Rat vorlagen, konnten auf der Tagung nicht erledigt werden. Reichsminister Curtius gab seinem Leibarzt Bedauer darüber Ausdruck. Handelt es sich doch in dem einen Fall um die Klage von 50 Knappschützern, die den Rat bereits früher beschäftigt hatte und ihrer Erledigung seit Jahren harret. Die erneuerte Verschlebung auf den September erklärt sich daraus, daß der japanische Reichsminister sich nicht imstande sah zu entscheiden, ob die Knappschützen, deren Angehörige die entlassenen deutschen Ärzte waren, Körperstrafen des öffentlichen Rechts oder private Verbände seien. Deutschland hatte unter diesen Umständen keine Möglichkeit, eine Erledigung in diesem Augenblick zu erzwingen. Es erklärte sich einverstanden mit der Einsetzung eines Juristenausschusses, der bis zum September sein Gutachten erstellen soll, so daß eine Entscheidung dann unter allen Umständen getroffen werden wird. Von besonderer grundsätzlicher Bedeutung war der zweite behandelte Fall, der des Prozeßgegenstandes Odman aus Kurland. Das Völkerbundsekretariat hatte nur einen Teil des vom Kläger überreichten Materials weitergeleitet. Das gab dem deutschen Ratsvertreter Gelegenheit zu der Forderung nach prinzipieller Unterordnung, ob die Sichtung des Materials zu den Kompetenzen des Sekretariats gehöre. Die Erledigung dieser Frage und die Zuspäung des gesamten Falls durch die politische Reaktion bis zur nächsten Sitzung wurde zugesagt. Im September wird man sich also über die Angelegenheit weiter unterhalten und dann sicherlich zu einer Entscheidung gelangen.

Nach die Behandlung eines weiteren wichtigen Problems, das die deutsche Minderheit in Oberösterreich betrifft, konnte erfreulicherweise berichtet werden. Die polnischen Vertreter gaben die Zusage, daß die Anmeldung zur Minderheitsentschule nicht mehr in persönlichem Erscheinen vor einer Kommission zu erfolgen brauche, sondern daß von jetzt ab schriftliche Anmeldung mittels

formulars genügen solle. In Abereinstimmung mit der deutschen Minderheit will nach dieser Erklärung die deutsche Ratserrettung abwarten, ob sich das so neu eröfnete Verfahren lohnt. Sollte das nicht der Fall sein, so würde sie später auch diese Angelegenheit wieder aufgreifen.

Den Bericht über das Ergebnis der Zollwaffenstillstands-Konferenz erichtete Reichsminister Curtius. Er begrüßte es, daß eine erste Etappe erreicht worden sei, und sprach die Hoffnung aus, daß wichtige europäische Staaten, die die Konvention bisher nicht genehmigt hätten, ihren Beitritt zu diesem Werk wirtschaftlichen Wiederaufbaus erklären möchten. Dr. Curtius unterließ auch den im wesentlichen europäischen Charakter der Zollwaffenstillstandskonferenz und das harte Bedürfnis nach besserer Regelung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, das gerade in Europa besteht.

Daß man sich bei einer Genfer Tagung nicht auf die offiziellen Verhandlungen beschränkt, versteht sich von selbst. Die Außenminister der verschiedenen Länder trafen sich während der Verhandlungstage mehrfach zu wichtigen politischen Besprechungen, teils bei gesellschaftlichen Veranstaltungen, teils zu besonders vorbereiteten Konferenzen im kleinen Kreise. Naturgemäß spielten dabei die englisch-französisch-italienischen Besprechungen eine besondere Rolle. Wie doch unmittelbar nach der Londoner Flottenkonferenz das Bedürfnis nach einem Meinungsaustausch der drei großen europäischen Seemächte besonders dringend. Der Wunsch, für eine Verständigung über die Marineregelungen Frankreichs und Italiens die Grundlage zu schaffen, führte zu einem besonders

regen Meinungsaustausch zwischen Briand und Grandi. Daß praktische Resultate nicht erzielt wurden, kann wohl angemessen werden. Aber ebenso möglich ist, daß die wenig freundliche Atmosphäre, die gewisse italienische Reden in Frankreich geschaffen hatten, durch diese Besprechungen verbeibert wurde. Der deutsche Außenminister hatte gleichfalls zahlreiche Aussprachen mit seinen Kollegen aus den europäischen Ländern. Teils bezogen sie sich auf handels- und wirtschaftspolitische Fragen, so die mit Joleff und Procopo geführten Unterredungen; teils wurden Verhandlungen, erörtert, so im Gespräch mit Henderson und Brand. Ein praktischer Erfolg dieser Unterhaltungen war die deutsch-französische Debatte, die Saarverhandlungen so zu beschleunigen, daß ein Ergebnis noch in der Genfer Herbsttagung vorgelegt werden kann. Auf alle Fälle haben die mündlichen Erörterungen über die wichtigen politischen Probleme, zu denen auch eine Aussprache des deutschen Außenministers mit dem italienischen Außenminister Grandi gehört, dazu geblieben, ein engeres Verhältnis zwischen den verantwortlichen Leitern der Außenpolitik in den verschiedenen Ländern herzustellen und dadurch wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit im Interesse der internationalen Verständigung zu schaffen.

So hat die Beratungskonferenz nicht nur als Etappe zur Vorbereitung des Völkerverbundes, sondern überhaupt im Herbst gegeben, sondern auch durch die Festigung der persönlichen Beziehungen zwischen führenden Staatsmännern Europas bedeutungsvolle Ergebnisse gebracht.

Sicherheitskonferenz.

Nach zweijähriger Pause trat am 28. April in Genf das Komitee für Sicherheitsfragen und Sicherheitsfragen des Völkerverbundes, kurz Sicherheitskomitee genannt, zu seiner 4. Tagung zusammen. Wie gehören 26 Völkerverbandsmitglieder und ein sowjetrussischer Beobachter an. Die Verhandlungen des Komitees, das bekanntlich eine ergänzende Instanz des vorbereitenden Vorkonferenzsausses ist, dauerten bis zum 2. Mai und brachten im Hinblick auf das von nordeuropäer beschränkte und genau umschriebene Programm der Arbeiten keine Sensationen.

Die Tagung befaßte sich mit dem Kriegsverbündungsvertrag, dem Vertragsentwurf über finanzielle Hilfeeinleistung für angegriffene Staaten und der Frage des Überflugs von Staatsgebiet durch Völkerverbandsfluggesellschaften in Krisenzeiten.

Der Gedanke, die dem Rate durch Art. 11 der Völkerverbandscharta gegebenen Befugnisse zum Eingreifen bei neuen drohenden Konflikten durch die Einführung vertraglicher Bindungen der Staaten zur Ausführung gewisser der Kriegserklärungen dienenden Empfehlungen des Rates auszubauen, geht auf eine deutsche Anregung aus dem Jahre 1928 zurück. In der früheren Beratungen zu einem Modellvertrag ausgefallenen deutschen Vorschläge suchten die Engländer auf der letzten Bundesversammlung in die Form einer möglichst vielen Staaten zu zeichnenden allgemeinen Konvention zu bringen. Trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten einigte man sich darüber, daß die Signatarstaaten eines künftigen Kriegsverbündungsvertrages sich zur Ausführung nichtmilitärischer Maßnahmen des Rates verpflichten sollen, die sich auf den vorliegenden Streitigkeiten beziehen und zum Zwecke haben, eine Verschärfung des Streites zu verhüten. Wie sehr man sich dabei bemühte, darüber, daß diese nichtmilitärischen Maßnahmen von dem Rate einstimmig unter Ausschluß der am Streit beteiligten Parteien beschlossen werden können. Aber die Empfehlungen militärischer Art, die zur Verhütung des Kriegsausbruches dienen sollen, kam jedoch eine Einigung nicht zustande. Nach langen schwierigen Verhandlungen beschloß man, in dieser Frage zwei Teile nebeneinander zu stellen, die verschiedenen Strömungen kennzeichnen. Die eine Formel, die von der französischen Delegation vorgeschlagen ist, sieht eine Reihe von einzelnen Maßnahmen militärischer Natur vor, die der Rate treffen kann. Zur Überwachung der Durchführung dieser Maßnahmen soll nach französischem Vorschlag der Völkerverbandsrat hies Kommissare an Ort und Stelle, bei Maßnahmen für die Flotten sogar an Bord der Schiffe entsenden, jede Verletzung der von dem Rate angedeuteten Maßnahmen soll, wenn sie trotz einer Mahnung des Rates aufrechterhalten wird, als flagranten Angriff angesehen werden mit der Wirkung, daß sofort das Sanktionsverfahren des Völkerverbundes nach Art. 16 gegen den verletzenden Staat eingeleitet wird. Die besondere auf englische Anregungen beruhende andere Formel sieht keine Sanktionen für die Verletzung der einschneidenden Kriegserbündungsmaßnahmen des Rates vor und geht hinsichtlich der Überwachung dieser Maßnahmen erheblich weniger weit. An bindenden Empfehlungen des Rates sieht sie nur die Zurückziehung von Truppen vor und bestimmt im übrigen, daß der Rat

alle vorläufigen Maßnahmen treffen kann, die er für geeignet hält, um den Kriegsausbruch hintanzubalten. Er stellt einen Kompromiß dar, dem auch die deutsche Delegation zugestimmt hat, allerdings unter Betonung, daß nach deutscher Meinung eine etwas konkretere Fassung besser wäre.

In der Schlußfassung erklärten sich für die französische Formel außer Frankreich nur Polen und die kleine Entente. Eine große Anzahl von Staaten enthielt sich der endgültigen Stellungnahme. Gegen die Form einer allgemeinen Konvention überaus sprachen sich Japan und Italien aus. Der Vertragsentwurf wird mit dem vorliegenden doppelten Text an die Bundesversammlung geleitet, die aber sehr weitestgehend zu beraten hat.

Bei der Frage der finanziellen Hilfeeinleistung für angegriffene Staaten, die auf eine finanzielle Anreize zurückzuführen, handelt es sich darum, mit Hilfe von Garantie-Erklärungen, die noch durch Spezialgarantien besonders finanzstärker Staaten ergänzt werden, im Falle eines unter Verletzung internationaler Verpflichtungen ergriffenen Angriffs auf einen Staat für diesen die Aufnahme einer Anleihe zu ermöglichen. Der finanztechnische Teil der Konvention ist mit Hilfe des Finanzkomitees in allen Einzelheiten fertiggestellt worden. Meinungsverschiedenheiten bestehen in erster Linie noch wegen der Frage, ob die Finanzhilfe nur in dem Falle des Ausbruchs eines Krieges oder auch schon dann gewährt werden soll, wenn ein Staat durch einen anderen mit Krieg bedroht ist. Der vorliegende Entwurf schlägt den Fall der bloßen Kriegserklärung an, jedoch haben Deutschland, Japan, Italien und Kanada hierzu Reserven gemacht, da sie der Ansicht sind, daß die Gewährung einer finanziellen Unterstützung in dem Stadium vor Kriegsausbruch der Völkerverbund vorzeitig zwingen würde, Partei zu ergreifen und daß unter Umständen auf diese Weise die Entstehung eines bewaffneten Konfliktes oder beschleunigt als verhindert werden könnte. Die Bundesversammlung wird darüber zu entscheiden haben, ob und in welcher Form der Konventionentwurf zur Geltung aufgelegt werden soll. Allgemein anerkannt ist, daß er nur in Verbindung mit einer allgemeinen Vereinigungskonvention in Kraft treten soll, und der von dem Sicherheitskomitee ausgearbeitete Entwurf enthält hierüber eine ausdrückliche Bestimmung.

Der Überflug von Völkerverbandsfluggesellschaften in Krisenzeiten sollte nach dem Wunsche der Bundesversammlung des letzten Jahres zu dem Zwecke geregelt werden, um dem Rate in Konfliktfällen ein sofortiges wirksames Eingreifen zu ermöglichen. Das Sicherheitskomitee nahm einstimmig eine Resolution an, wonach grundsätzlich die Völkerverbandsfluggesellschaften Rechte haben sollen, wie sie in den internationalen Flugvertragsabkommen für nichtmilitärische Fluggesellschaften vorgesehen sind. Die Einzelheiten bezüglich der Einfuhrge und der bei dem Überfliegen zu beobachtenden Regeln sollen auf Grund von Besprechungen zwischen dem Generalsekretär und den einzelnen Staaten von letzteren festgelegt werden. Auf Wunsch Deutschlands ist eine ausdrückliche Klausel über die Zulässigkeit von Ausnahmen vorgesehen, die für uns namentlich zum Zwecke der Kontrolle gemacht werden müssen.

da Deutschland im Gegensatz zu anderen Mächten nicht über Militär- und Polizeiflaggen verfügt.

Die Tagung ist in ihrem Verlauf von symptomatischer Bedeutung und infolged nicht ergebnislos gewesen, als die Frage einer Kriegserhebungs-Konvention geklärt und der Versuch gemacht wurde, eine Formel zu finden, die den Beitritt einer möglichst großen Zahl von Staaten ermöglicht. Auch muß man begreifen, daß die Ämner Frankreichs, auch hier wieder durch Überspannung der Kontrolle und Einführung eines automatisch einsetzenden Sanktionsverfahrens den weiteren Ausbau der Friedensordnung in die

Richtung erwarteten Systems zu lenken, nur Unterstützung bei seinen Verbündeten gefunden hat. Es ist zu hoffen, daß in künftigen Verhandlungen auf der Grundlage der von Deutschland angenommenen Kompromißformel, die vielleicht noch einer Verbesserung fähig ist, eine allgemeine Übereinstimmung über die Schaffung eines wirksamen Kriegserhebungsmechanismus des Rates erzielt werden wird. Die Erhöhung der Sicherheit der Staaten würde auf diese Weise besser erreicht, als durch den Ausbau eines starren Sanktionsverfahrens, das doch nur einleigen könnte, wenn es bereits zur Katastrophe gekommen ist.

Pan-europäische Konferenz in Berlin.

Am 18. und 19. Mai tagte in Berlin der Kongreß der Pan-europäischen Union, deren Vorsitzender Graf Coudenhove-Kalergi ist. Der Tagung kam diesmal ganz besondere Bedeutung zu, da sie wohl nicht unabhängig zeitlich zusammenfiel mit der Überarbeitung von Bréand's Memorandum über die Organisation eines Systems für einen europäischen Staatenbund. So ist es denn auch zu verstehen, daß jenen sämtlich Redner die Gelegenheit wahrnahmen, sich in großen Zügen mit diesem Memorandum auseinanderzusetzen und den gebotenen Rahmen der Pan-europäer-Panegyrik dazu benutzten, die öffentliche Weltmeinung schon vor Bekanntgabe der offiziellen Stellungnahme der Regierungen für diese Ideen zu gewinnen.

Insamendlich Franzosen hatte neben Professor Barthélemy von der Académie française die beiden prominentesten Vertreter seiner Wirtschaft, die Herren Landauer und Serruys, geschickt, die in einflussreichen Reden die Notwendigkeit des Zusammenflusses der europäischen Staaten zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Not darlegten. — Nicht überhaupt, aber in diesem Rahmen mußte es einigermaßen auffallen, daß der englische Vertreter der Pan-europäer-Union, der frühere Marine-Minister Amery, für England die Teilnahme an einem europäischen Staatenbund ablehnte, da England kein Interesse in erster Linie dem Empire und dann erst Europa zuwenden könne. Um so mehr bejahte er die Möglichkeit der Zusammenarbeit in den großen Weltfragen zwischen dem Westlichen Weltreich und einem künftigen Pan-europa.

Anderer ebenfalls prominente Vertreter ihrer Nationen und bekannte Staatsmänner, wie z. B. der frühere jugoslawische Außenminister Ninkitsch behandelten das Problem Pan-europa in seinen Beziehungen zum Völkerbund. Der Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, Professor Akerob, betrachtete Pan-europa unter dem Gesichtswinkel des Agrarproblems. Er sieht eine wirtschaftliche Rettung Europas nur durch das Niederlegen der Zollbarrieren.

Coudenhove-Kalergi hatte Ende April den Entwurf für einen europäischen Staatenbund veröffentlicht, der die Verfassung dieses Bundes, wie er sie sich denkt, enthält, für ihn ist das Memorandum von Bréand nur eine Etappe auf dem Wege nach Pan-europa.

Für Coudenhove ist Pan-europa, nach seinen eigenen Worten, eine Bewegung, und zwar eine moralische Bewegung in ihren Wurzeln und in ihren Zielen. Nur so, so, Frieden, ist Kampf gegen das Elend, ist die Rettung der europäischen Kultur. In diesen drei Zielen läßt sie sich, ohne sich um die Schwankungen der Tagespolitik zu kümmern, ohne Rücksicht auf die Stellungnahme der einzelnen Regierungen und Parteien.

Eine dauernde europäische Lösung ist nach Coudenhove nur möglich, wenn die Grundlagen, auf denen sie ruht, gerecht und richtig sind. Heute für Europa darin einig, daß es nur durch Zusammenstoß zu retten ist. Aber es sei nicht einig, wer die Kosten dieses Zusammenflusses tragen soll. Jeder wünsche sich ein Pan-europa auf Kosten seiner Nachbarn, keiner sei bereit, für dieses große Ziel selbst Opfer zu bringen. Es werde die künftige Aufgabe der Pan-europäerbewegung sein, nicht nur die Erkenntnis der europäischen Schicksalsgemeinschaft zu verbreiten, sondern auch die Notwendigkeit europäischer Opferwilligkeit. Dies gelte nicht nur von den Staaten, sondern auch von den Menschen. Das neue Europa fordere neue Europäer.

Coudenhove will mit seiner Bewegung den neuen europäischen Geist schaffen, ohne den Europa nicht zu retten ist. Wenn die letzte Pan-europäer-Tagung in Berlin auch überfrachtet war von dem politischen Ereignis des Bréand'schen Memorandums, so kann doch wohl nicht geleugnet werden, daß die pan-europäische Bewegung als moralische und kulturelle Bewegung, für die neben Coudenhove auch Thomas Mann starken Ausbruch fand, der wirtschaftlichen und politischen Pan-europäerbewegung unbedingt zur Seite geben muß, soll diese Aussicht auf Verwirklichung haben.

Bierhundert Jahre Augsburger Konfession.

Von Theodor Heuß.

Der 25. Juni 1530, da in den Nachmittagsstunden der kurfürstliche Kanzler Dr. Beyer Melandithons 24 Artikel vorlas, ist von den Zeugen, von den Zeitgenossen als großer Tag der Geschichte empfunden worden. Es mußten nicht erst Historismus und

Journalismus in das europäische Bewußtsein einbrechen, um diesem Datum einen auszeichnenden Charakter zu geben; schon 50 Jahre später, 1580, hat man die Erinnerung gefeiert. Und so immer, wenn ein Jahrhundert, von jenem Tag geredet, sich schloß. Augsburg rühmt sich in diesen Wochen: eine Reformationsausstellung wird eröffnet, eine neue Kirche geweiht. Und neben das Gedächtnis des religionsgeschichtlichen Datums tritt die Entfaltung der kunstgewerblichen Vergangenheit: „Das goldene Augsburg“ wird gezeigt in dem Maximiliansmuseum, das, vor 75 Jahren begründet, eine neue Einrichtung und Anordnung erfahren hat.

Das Augsburg, in das Karl V. zum Frühommer 1530 den Reichstag berufen hatte, war wohl die reichste der oberdeutschen Städte; die Jünger und die Welfer sahen

dort, und der Kaiser hatte Grund, angeschlossen von ihnen zu denken. Denn elf Jahre zuvor hatte bei Geld dem Enkel Maximilians, dem spanischen Jüngling, gekoffen, über Franz von Frankreich zu zeigen, als die deutsche Kaiserwürde zur Wahl hand.

Die Jahre seitdem hatten manderlei Klänge gebracht, Franz war nun auch militärisch niedergeworfen, seit 1529 konnte Italien betriedet werden, und es war mit dem Papi ein Ausgleich erzwungen. Der hatte, in Bologna, Karl zum römischen Kaiser gekrönt; die letzte Krönung durch einen Papi. Ein Vorgang symbolischem Charakters — er ist den Deutschen nichts mehr anzugehen. Sie waren gar nicht eingeladen. Die alten Würden der Kurfürsten waren beim Zeremoniell an Spanier und Italiener verteilt. — Jetzt, nach neunzigjähriger Abwesenheit, kam Karl wieder nach Deutschland, wo ihn sein Bruder Ferdinand vertreten hatte. Der Papi ließ die Forderung, daß die religiöse Ordnung wiederhergestellt werden solle. Die Verhandlungen waren nicht ganz klar; 1526 hatte ein Speier Reichstag beschloffen, die Durchführung des Edikts von 1521 bis zu



Goldstücke aus dem 17. Jahrhundert; oben rechts: Silberstück aus dem 16. Jahrhundert.

einem Nationalkongress ruhen zu lassen. 1829 wurde dieser Ausgleich in der gleichen Stadt wieder aufgehoben; aber ein Teil der Stände, der neuen Lehre zugewandt, meldeten förmliche Protestation. Würde sich der Augsburger Tag zu dem geforderten Kongress erweitern?

Dem Kaiser konnte nicht daran gelegen sein, von vornherein unerwünschte Schätze zu zeigen. Er war den Druck im Westen los, hatte in Italien Ruhe erreicht, aber Süddeutschland in Ungarn und bedrohte das hierarchische Stammesland. Zur Abwehr bedurfte er des Rückhalts bei den evangelischen Ständen. Aber auch bei diesen war die freibewertige Stimmung im ganzen härter; denn ihre innere Sicherheit als Einheit litt darunter, daß die Verträge, zwischen Zwingli und Luther den Ausgleich zu finden, im letzten Geheißert waren, und daß sie, wenn man so sagen darf, sich „nach links“, gegen die säkularisierte Bewegung hatten abgrenzen müssen. Der Augsburger Tag hatte darum keine dramatischen Akzente. Luther selber, noch in Altdorf und Bamberg, hatte den Kurfürsten Johann bis Koburg begleitet; von dort verpfalste er mit Brief und Rat den Gang der Dinge in der schwäbischen Reichsstadt. Wenn er dem Krönchen der Böhmen und Krähnen zührte, lo schrieb er in munterer Laune, dann könne er sich das Schreiben dort unten gut vorstellen. Der dem Abschluß waren die wichtigsten Punkte gemeinsam festgelegt, die man in den Glaubensbekenntnissen und in Anlehnung der Kirchenordnung verteidigen wolle. Deren empfindliche Redaktion lag bei „Maßiger Philippus“. Melancthon aber war keine kämpferische, sondern eine mehr behutsame Natur. Seine Confessio war darum nicht auf Unklarheit angelegt, sondern auf Abwehr mißverständlicher oder böser Darstellung des reformatorischen Willens. Sie sucht eine deutliche Abgrenzung gegenüber alter und gegenwärtiger Härte; sie belegt sich nicht bloß aus der Schrift, sondern greift,

um des Beweises willen, auf die Kirchenväter, auf Augustinus und Ambrosius, zurück. Eine Auseinandersetzung mit der Stellung des Papstes ist in der Konfession vermeidet.

Konfession prachvolle Reformationsgeschichte entwirft ein buntes Bild vom Einzug der Fürsten und des Kaisers. Der hatte sich ein paar Wochen in Innsbruck aufgehalten und die päpstlichen Fürsten warten lassen — sie flagen in den Briefen über die Kosten, die daraus erwachsen. Die Zeit war benutzt worden, die Fronten abzutasteten. Der Kaiser ließ fordern, daß das evangelische Predigen in Augsburg eingeklinkelt werde — das lehnte man ihm zuerst ab, später, nach seinem Einzug, vertrat man sich auf Gegenseitigkeit. Doch der Fronleichnamprozession, am Tag nach der Ankunft, blieb man fern. Der Kaiser hatte gewünscht, daß ihm die Confessio in ihrer lateinischen Fassung überreicht werde oder doch in dieser vorgetragen — er selber sprach nur gebrochen deutsch; aber die evangelischen Stände fügten auf dem Reichsrecht, daß Deutsch auf deutschem Boden Amtssprache sei. Doch lud der Kaiser in den Kapitelsaal des bischöflichen Palastes, so daß die Stunde des Vortrags die breite Öffentlichkeit nicht bei sich sah.

Die theologischen Auseinandersetzungen, Apologie und Gegenschrift, nahmen Monate in Anspruch. Eine Abvereinbarung oder ein Gebührentlassen war nicht zu erreichen — erst ein Vierteljahrhundert später, 1555, kam in derselben Stadt der „Augsburger Religionsfrieden“ zustande. Die Laitsprache benutzte zum ersten Mal der Kaiser, aber die Konfession führte dann weiter zum Schmalkaldener Bund. Sie sollte nach des Kaisers Wunsch nicht verbreitet werden; doch jene der jungen Druckkunst frohe Zeit kehrte sich nicht daran, und was später zum Stoff wissenschaftlicher Theologie wurde, ging damals mit dem Atem des Bekenntnisses in die deutsche Welt, nicht aufsteigend und erweckend, sondern jammelnd und festlegend.



Der des Augsburger Kaiserliche Kirche St. Ulrich, Bischofliche Residenz

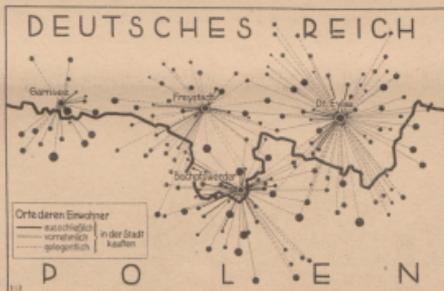
Die deutsche Ostgrenze

Vorgelegt auf Grund des Reichs erschienenen, in der Sitzung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung, Leipzig, bearbeiteten Werkes: W. D o l z und G. S c h o l m, „Die deutsche Ostgrenze“. Unterlagen zur Erfassung der Grenzverhältnisse des Reiches, 128 Eisen (mit 15 Karten und Diagrammen und 20 Tabellen) und einem Kartenatlas mit 12 Karten. Kommissionverlag Julius Zeh, Jena/Saale. Preis 15 RM.

Dem Vultschiner Ländchen bis an die Ostsee, und von der Ostsee um Oppenheim bis zur Elmel mit die heutige deutsche Reichsgrenze 2100 km: sie ist demnach um 550 km länger als die Ostgrenze des Reiches von 1914. Von diesen 2100 km sind nicht weniger als 1675 km neuzugezogen worden, um 51.000 qkm mit herauszufrieden, daß ein großes Stück des Staatsgebietes — Oppenheim — durch einen fremdnationalen „Korridor“ vollständig vom Hauptteil des Reichsgebietes abgetrennt wurde.

Mit der Herauscheidung eines so großen landwirtschaftlichen Überschussgebietes ist nicht nur die Ernährungsbasis unseres Reiches empfindlich eingeschränkt worden, es sind auch all die vielfältigen wirtschaftlichen Wechselbeziehungen, die die deutschen Ostprovinzen mit den abgetrennten Gebieten innig verknüpften, zerrissen worden. Die in über hundert Jahren eingespielte gegenseitige Ergänzung, innere Angleichung, Arbeitsteilung der alten Ostprovinzen, kurz, alles das, was wie als wirtschaftliche Harmonie be- zielden können, und wodurch der deutsche Osten, soweit wie es bei einer geographischen Lage überhaupt möglich war, die Innung gerade dieser Lage nicht der großen Verbrauchsregion der Mitte und des Westens bis zu einem gewissen Grade überwinden hatte, ist zerstückelt. So beeinträchtigt die neue Ostgrenzung nicht nur die gesamte deutsche Wirtschaft, sie beeinträchtigt in weit umfassender und eingreifender Weise das wirtschaftliche Leben der beim Reich verbliebenen ostdeutschen Provinzen und Reichsprovinzen, für die die abgetrennten Gebiete der Provinzen Schlesien, Posen, West-

Ostpreußen nicht nur Bezugsgebiete, sondern auch recht bedeutende Absatzgebiete waren. So sind denn heute diese deutschen Ostprovinzen erst recht in die Außenabstände gerückt. Durch die Zerstückelung des alten ostdeutschen Wirtschaftsorganismus ist der Faktor der Wirtschaftstrennung des Ostens noch ausfallungsbedingender Bedeutung für die Befahrung des gesamten wirtschaftlichen Lebens unseres Ostens geworden, als das früher schon der Fall war. — In gleicher Weise wie so mit der Aufzählung der neuen Grenze der Organismus des großen Raumes die mannigfaltig und verschiedenartig sich überlagernden wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb des ostdeutschen Raumes von 1914 zerstört wurden, so sind auch im Kleinen die Verbindungen wirtschaftlicher und kultureller Art zwischen den heute unmittelbar beiderseits der neuen Grenze gelegenen Landschaften, ist die Einheit der kleinen Wirtschaftsräume im heutigen Grenzgebiet vernichtet worden. Während die Folgen der großen Gebietsabtretungen den ganzen deutschen Osten schwer bedrängten, laßen auf den engeren Grenzgebieten darüber hinaus



Die neue Grenze zerstückelt alle Wirtschaftsbeziehungen

nach die Auswirkungen der betriebl. wenn auch nur kleineren, aber deshalb am so empfindlicheren Verluste und Zerstückelungen, die durch die Misgestaltung der lokalen wirtschaftlichen Interessen erfolgt sind.

Wenn ein Körper ein lebenswichtiges Glied verliert, so wird der ganze Organismus mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen. An der Wunde aber wird eine Entzündung infolge der hier erfolgten betriebl. Zerstückelungen oder Zerwicklungen auftreten. Der Grad dieser Entzündung wird aber sehr verschieden sein, je nach

dem, ob das Glied von seinem Körper durch die sachkundige Hand eines Chirurgen oder etwa durch einen Selbstbeherrschenden getrennt wird.

Die durch die Grenzziehung entstandenen Zerreißungen mußten sich demnach naturgemäß um so härter und katastrophaler auswirken, um so rücksichtsloser die Grenze im einzelnen festgelegt worden ist, um so weniger Beachtung die Grenzmacher den lebenswichtigen örtlichen wirtschaftlichen Belangen schenkten. Diese Schädigungen kann man unterteilt nach den großen Zertretungsgegenständen $e \times z \times z \times e \times i \times g \times u \times n \times e \times f \times d \times d \times n$ nennen, ohne damit sagen zu wollen, daß durch diese Bezeichnungen eine klare Unterscheidung der aufgeführten, aber vielfach ineinander übergehenden Tatsachengruppen gegeben werden kann. Nun kann man sagen, daß diese Schäden für das große Bild von minderer Bedeutung seien; man vergegenwärtige sich aber einmal die überaus große Zahl der Eingefälle in einem fast 1700 km langen Streifen. So werden alle diese einzelnen Fälle schließlich auch für das große Bild von Bedeutungserregender Bedeutung.

Hierzu kommt für die Grenzgebiete noch eine weitere Tatsache hinzu, die eine ganze Kette von weiteren Katastrophen nach sich gezogen hat. Es wurde schon herangezogen, daß die Wirtschaft des deutsch-berühmten Ostens, insbesondere Gewerbe, Industrie und Handel, hier schwächer orientiert war, und zwar gilt dies in gleicher Weise für die heutigen Grenzgebiete wie für deren weiteres Hinterland. Überall ist nun die Wirtschaft bemüht, soweit dies überhaupt im Bereich der Möglichkeit liegt, die Verluste durch Gewinnung neuer Absatzgebiete wieder auszugleichen. In diesem Bemühen sind aber die heutigen Grenzgebiete gegenüber dem weiteren Hinterland, dem wenigstens noch ein kleines Vorland verliehen ist, ganz besonders in Mitleidenschaft geraten. So ist gerade für die wirtschaftlich am schwersten getroffenen Grenzgebiete die Möglichkeit der Erschließung neuer Absatzgebiete im rechtsdeutschen Hinterland, ist eine Umformung ihrer wirtschaftlichen Bildung um 180 Grad nicht möglich. Im Gegenteil, es ist vielerorts zu beobachten, daß hier das wirtschaftlich immerhin relativ noch etwas kräftigere Hinterland nicht nur die Konkurrenz der wirtschaftlich viel schwächeren Grenzgebiete nicht duldet, sondern bereits sogar im Grenzgebiet selber als empfindlicher Konkurrent auftritt.

Diese Tatsachengruppen muß man sich vor Augen halten, will man die Not unserer Grenzgebiete richtig beurteilen. Wie werden diese Not folgen verleben als ein großes, für alle Grenzgebiete einheitliches Problem, als einen Sonderfall innerhalb des gesamten deutschen Ökonomieproblems.

In diesem Sinne als Grenzgebiete besonders betroffen, müssen wir einen Grenzstreifen längs der neu gezogenen Grenze aufweisen, der — er verlohnt sich, diese Zahlen sich einmal zu vergegenwärtigen — nicht weniger als 36 600 qkm, das sind nicht weniger als 7,6 v. H. der Fläche des heutigen Deutschen Reiches, mit 2,6 Millionen Menschen, die etwa 4,1 v. H. der Gesamtbevölkerung des heutigen Reiches darstellen, umfaßt.

Die oben kurz zusammengefaßten der Grenzziehung erlittenen sich auf alle Gebiete des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Grenzgebiete. Sie betrafen die jemals schon unter der allgemeinen deutschen Agrartrifflschwer darunter liegende Landwirtschaft im Grenzstreifen. Sie führten allmählich und unaufhaltsam Einzelhandel und Handwerk in den Grenzstädten, die vorwiegend auf den Bedarf der östlichen verlorenen Gebiete eingestellten Industrie in den Grenzgebieten dem Untergang entgegen. Sie sind die Ursache der katastrophalen Finanznot der Grenzstädte und Grenzstreife und finden ihren erschütternden Ausdruck im dem allgemeinen Rückgang des Eisenbahnverkehrs im Grenzstreifen.

Die im Titel genannte Arbeit untersucht diese Schädigungen in eingehender Weise auf Grund eines umfangreichen, im Verlauf von mehreren Jahren gesammelten Materials. Da der mit umfangreichen Tabellen und Karten belegte Stoff in seiner Gesamtheit auf kurzen Raum schwer gewidmet werden kann, mögen einige wenige Beispiele aus der großen Fülle der dargestellten Tatsachen das allgemein dargelegte Bild noch ergänzen. Sie sollen nur einen Hinweis geben, in welcher eingehender Weise das eben aufgeführte umfassende Material der Öffentlichkeit vorgelegt ist.

Außerordentlich eindringlich kommt die wirtschaftliche Lage des Grenzgebietes bei den Betrachtungen über die Stadt B i s c h o f s-

werder zum Ausdruck. Jede Stadt ist Mittelpunkt eines kleineren, sie umgebenden ländlichen Wirtschaftsbereiches, mit dem sie im engsten gegenseitigen Austausch steht. Gerade diese Wechselbeziehungen von Stadt und Land sind für den landwirtschaftlichen Ökonomie charakteristisch. So mußte „die durch die Auswirkungen der Grenzziehung verursachte außerordentliche Schwächung der Leistungsfähigkeit und damit auch der Kaufkraft der Landwirtschaft eine zerrüttende Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Lebens der Grenzstädte nach sich ziehen. Zu diesen Einbußen treten die großen und in ihren Folgen ja katastrophalen, zu troddrigen Schäden des Einzelhandels und Handwerks der Grenzstädte, die durch die rücksichtslose Heranziehung der natürlichen Wirtschaftsbereiche der Städte entstanden sind“. Insbesondere sind bei der Grenzziehung um Bischofswerder diese Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land unberücksichtigt geblieben. So ist der Einzugsbereich des Einzelhandels und des Handwerks von Bischofswerder (vgl. unten über Märkten) derartig durch die Grenzziehung zerschnitten worden, daß von 36 Ortsgemeinden mit 26 000 Einwohnern 4 Ortsgemeinden übriggeblieben sind, so daß 90,7 v. H. der Einzugsbereich verlorengegangen. „Die Folgen dieses Verlustes sind überaus schwer. Die Einwohnerzahl der Stadt ist von 2314 auf 2007 herabgesunken. Von einst 24 Geschäften der Kolonial- und Manufakturwarenbranche bestehen heute nur noch 15. Von 44 Handwerksbetrieben (Kürschner, Böttcher, Schuhmacher usw.) haben sich nur 17 halten können.“ „Das gesamte Maßstabsverhältnis der Gewerbetragereinträge betrug im Jahre 1928 nur noch 309 XRM. Von den 52 Steuerpflichtigen sind 36, mit einem Jahresertrag betragend weniger als 3 XRM, veranlagt. Der größte Jahresertrag betrug 117 90 XRM. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Gewerbesteuerbelastung. Von 45 Steuerpflichtigen waren 25 mit weniger als 3 XRM. Jahresertrag veranlagt. Der höchste Jahresertrag betrug 40 XRM. Im übrigen fällt ein großer Teil der Bevölkerung der öffentlichen Fürsorge zur Last. Im Oktober 1927 waren 27,65 v. H. der Bevölkerung Unterhaltungsempfänger aller Art, im Januar 1929 sind es bereits 47,20 v. H. Hierbei sind die Insassen der Disporapflicht nicht einmal eingerechnet. Die Ausgaben für Wohlfahrtspflege sind dementsprechend gestiegen und betragen heute mehr als das 15fache (1350 v. H.) der Ausgaben von 1915.“

„Die geschädigten schweren Beeinträchtigungen von Handel, Gewerbe und Industrie in den Grenzstädten haben ein fändiges Sinken der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung dieser Städte verursacht. Dem stehen gegenüber dauernd wachsende Belastungen der Selbstverwaltungskörper durch außerordentlich starke Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für die Zwecke der sozialen Fürsorge infolge der ständig wachsenden Verarmung der Bevölkerung. Belastungen durch neue kulturelle Aufgaben.“

Zur Deckung dieser gesteigerten Ausgaben standen den Städten die Einkommenseinnehmer nicht zur Verfügung. Wie überall im Reich mußten als Haupteinnahmequelle Grundbesitz- und Gewerbesteuer herangezogen werden. Damit wurde in den Grenzstädten die Hauptsteuerlast gerade auf die Städte gelegt, die an sich durch die Grenzziehung am schwersten betroffen waren. Infolge der höheren Belastungen, die die Öststädte zu tragen hatten, ist hier „der Anteil der Einkommensteuer an den Steuereinnahmen durchwegs geringer als im Reichsdurchschnitt, und andererseits haben Grundbesitz und Gewerbe einen höheren Anteil als im Durchschnitt des Reiches aufzubringen“. Der dauernd wachsende Rückgang des Gewerbes führte dazu, daß die Steuern immer geringere Erträge brachten, und daß zur Deckung des Aufwandes die Städte gezwungen waren, immer höhere und höhere Zuschläge zu erheben, so daß im Osten „die Steuerlaste allenthalben Höchsthöhe für Preußen darstellten, und trotzdem die Einkommen auf den Kopf des Einwohners aus diesen Höchsthöhen liberaler unter dem Durchschnitt Preußens stehen“. Die Steuerlasten von 700 000 v. H. zur Gewerbesteuer (Kauzburger 823 v. H. Bischofswerder 801 v. H., Neumittelschloß 1000 v. H.) sind nun aber schlechterdings nicht mehr zu heigern, so daß insbesondere die kleineren Städte bei steigendem Finanzbedarf nicht mehr in der Lage sind, ihre Haushalte ordnungsgemäß auszubalancieren und „daß die Fälle sich mehren, in denen Selbstverwaltungskörper offen oder verdeckt mit einem Gehalt der im Haushalt wirtschaften.“

Der allgemeine Nierengang des Wirtschaftslebens in den Grenzgebieten tritt am deutlichsten in der Gestaltung des Verkehrs in Erscheinung. Die Grenzziehung hat das einheitliche, wohnortorganisierte öffentliche Verkehrsnetz zerschlagen. Durch die Herauscheidung der wichtigsten Knotenpunkte längs der heutigen Grenze sind nicht weniger als 61 Reichsbahnlinien durchschnitten. 27 davon sind entfallen auf Oberflächennetze; von den restlichen 34 findet nur auf 13 noch ein Verkehr, und zwar ein sehr wesentlich eingeschränkter, statt. So verleben beim Deutschen Reich heute — einzelne, eine Verbindung untereinander entbehrender Bahnlinien — nur noch Naturgemäß ist der Verkehr im Grenzstreifen überall sehr zurückgegangen. Dieser Rückgang beträgt für den Personenzugverkehr 44,8 und für den Güterzugverkehr

*) Die Arbeit hat folgende Kapitel:

- Der ostbaltische Raum.
- Die Entwicklung der Verkehrs in den heutigen Grenzgebieten.
- Der Einfluß der Grenzziehung auf die Lage der Randwirtschaft in den Grenzstreifen.
- Die Auswirkungen der Grenzziehung auf Einzelhandel und Handwerk in den Grenzstädten.
- Die Auswirkungen der Grenzziehung auf Industrie und Großhandel in den Grenzgebieten.
- Die Auswirkungen der Grenzziehung auf die Oberflächennetze, Montanindustrie.
- Die Finanzwirtschaft der Grenzstädte unter dem Einfluß der Grenzziehung.
- Die Finanzwirtschaft der Grenzstreife unter dem Einfluß der Grenzziehung.

84, v. H. Es wird also in den Grenzgebieten nur noch jeder zweite Perlenbogen und jeder achte (!) Güterzug des Vorkriegs-Perlenzugs gefahren. Die Zahlen beziehen sich nur auf die gefahrenen Züge. Der Rückgang des Verkehrs im Grenzgebiet ist damit nicht restlos gekennzeichnet. Er würde erst in seiner ganzen Größe perzentual werden, wenn an Stelle der gefahrenen Züge die Wagenzahlen der Berechnung zugrunde gelegt werden könnten. Hierüber aber sind erforderliche Angaben, die einen Vergleich ermöglichen, nicht mehr zu erlangen. Doch sei als Beispiel angeführt: Auf der Strecke Kreuzburg—Küblitz lag der rechte Oberuferbahn verkehrten 1913 74 Züge mit 7034 Achsen, 1928 14 Züge mit 440 Achsen.

Die aufgezeigten Tatsachenreihen der wirtschaftlichen Notlage der deutschen Grenzgebiete geben uns ein erschütterndes Bild. Die Notwendigkeit einer so eingehenden und bis in die letzten Konsequenzen durchgeführten Untersuchung der Notlage in den Grenzgebieten könnte angezweifelt werden. Es hilft aber nicht, die Augen vor der ganzen Größe der Gefahr zu verschließen, denn will man wirklich grundlegende Aufbauarbeit im Osten treiben, so kann sie nur auf einer wirklichen Kenntnis im Osten beruhen. Jede Aufgabe und ihrer Ursachen bahnen. Jede Aufbauarbeit im Osten muß an das Vorhandene anknüpfen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die praktische Bedeutung der Untersuchung von Holz und Schwaum zu beurteilen.

10 Jahre Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk.

Von Regierungsrat Franz vom Verbandspräsidium Essen.

Im Mai dieses Jahres sind 10 Jahre verflossen, seitdem der Preuß. Landtag das Gesetz betreffend die Verbandsordnung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk verabschiedet hat. Damit wurde einmal zur Erledigung zusammengeordneter Aufgaben ein Gemeindeverband ins Leben gerufen, dem als öffentlich-rechtlicher Körperschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Verwaltung aller Angelegenheiten obliegen sollte, welche der Förderung der Siedlungsangelegenheiten dienen. Auf der anderen Seite wurde zur Zusammenfassung der verschiedenen staatlichen Aufgaben für diese Gebieten und zur Wahrnehmung der Staatsaufsicht über den Verband in dem Verbandspräsidenten eine staatliche Behörde von der Stellung und Dienstführung eines Regierungspräsidenten geschaffen.

Schon in der Vorkriegszeit war von einsichtigen Kennern dieses Bezirks nach einer Regelung verlangt worden, welche die menschlicher und industrieller Siedlungen hatte bei dem teilweise an amerikanische Verhältnisse erinnernden schnellen Wachstum zu stande schaffen, die demgemäß der Abhilfe bedurften. Die Grundlage für dieses Wachstum bildeten im wesentlichen das Kohleerzeugnis und die auf ihm aufgebauete Eisenindustrie, welche auch heute noch dem Gebiet das einheitliche Gepräge geben. Seine äußere Ausdehnungsform ist verschieden je nach dem Grade der Entwicklung, welche die mit dem Bergbau vom Süden an der Ruhr nach Norden vordringende Industrie juridisches hat.

Als man dann in der Nachkriegszeit die notwendige schnelle Steigerung der Kohlenförderung nur durch vermehrte Anlegung von Bergleuten glauben bewilligen zu können, hielt man es für erforderlich, durch Schaffung eines einheitlichen Verwaltungsorganismus die Grundlage für eine glatte Durchführung dieser Maßnahmen und zur Beseitigung der vorhandenen Mängel zu legen. Auf dem Gebiete der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung war in der Vorkriegszeit bereits verschiedene Körperschaften öffentlichen Rechts, wie die Emsergerossenschaft u. a. m., ins Leben gerufen worden.

Das Gebiet des Siedlungsverbandes erstreckt sich, verwaltungsmäßig gesehen, über Teile der beiden Provinzen Rheinland und Westfalen und der drei Regierungsbezirke Düsseldorf, Aachen und Münster. Die Zahl der bei der Gründung vorhandenen Mitglieder (18 Stadt- und 11 Landkreise) hat durch die verschiedenen kommunalen Neuregelungen — die letzte, welche auch eine Vergrößerung des Gebietes mit sich brachte, fand im Sommer 1929 ihren Abschluß — eine Änderung erfahren. Der Verband besteht jetzt aus 18 Stadt- und 9 Landkreisen mit ungefähre 4 200 000 Einwohnern auf rd. 457 000 ha, weit also eine Siedlungsdichte von 920 je qkm auf. Durch Vergleich hier erwähnt, daß für Preußen die entsprechende Zahl 130 auf 1 qkm lautet.

Die Hauptaufgaben des Verbandes, der mit dem unmittelbaren Bau von Wohnungen und der Schaffung einzelner Siedler, wie namentlich bei Beginn seines Bestehens von verschiedenen Seiten irrtümlich angenommen wurde, nichts zu tun hat, liegen auf folgenden Gebieten:

- a) Sicherung und Schaffung von Flächen, welche infolge ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit von der Bebauung freizuhalten sind,
- b) Straßenwesen,

c) Kleinbahnwesen und einheitliche Verkehrsregelung überhaupt.

Dazu treten eine Reihe von staatlichen Auftragsangelegenheiten, wie Erteilung der Anzeigenehmigung und Mitwirkung beim Erlaß von Bau- und Wohnungsverordnungen.

Hauptorgan des Verbandes, der seinen Sitz in Essen hat, ist die Verbandsversammlung mit rd. 190 Abgeordneten. Sie wird zur Hälfte von den Kreisräten und Stadtratsordensverordneten gewählt. Auf jedes angefangene halbe 100 000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter. Die andere Hälfte besteht aus Vertretern der Wirtschaft, gleichmäßig in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerunterteilt, die von bestimmten Vorkörperschaften, wie Bergbau, Metallindustrie, Land- und Forstwirtschaft u. a. m., gewählt werden. Die Verbandsversammlung tagt gewöhnlich einmal im Jahre unter dem Vorsitz des Verbandspräsidenten. Sie stellt die Grundzüge für die zu erledigenden Aufgaben auf. Ihre sänftige Vertretung liegt beim Verbandsauschuß, der aus 16 Abgeordneten sowie dem Verbandsdirektor als händigem Mitglied besteht. Dieser führt im übrigen mit den erforderlichen Beamten die laufenden Geschäfte. — Um die oben erwähnten Flächen vor der Bebauung zu schützen, hat dem Verbandspräsidenten das Recht der Grundstückseinfriedigung zu. Die Flächen werden in drei Klassen aufgenommen, das der Verbandsauschuß alle drei Jahre neu aufstellt. Im Durchschnitt war bisher ungefähre ein Drittel des Verbandsgebietes in das Verzeichnis aufgenommen. Diese Flächen weisen insofern noch eine Besonderheit auf, als alle auf ihnen befindlichen Baumbestände dem preussischen Baumbestandesgesetz vom 29. Juli 1922 unterliegen. Abholungen bedürfen demgemäß der Genehmigung des Verbandsdirektors. Diese Genehmigung wird in der Regel nur unter der Bedingung der Wiederaufforstung erteilt. Trotzdem gehen im Verbandsgebiet jährlich mehrere 100 Morgen Waldbesitz durch menschliche und industrielle Einrichtungen verloren. Der Verband hat daher diesem Umfange durch Gewährung von Wiederaufforstungsprämien in Form von raubarbigen Pflanzmaterial entgegenzuwirken. Die hierfür aufzubewendenden Mittel betragen in den letzten Jahren durchschnittlich über 100 000 RM. Der Verband hat sich weiter bemüht einzusetzen, daß die durch schädigende äußere Einflüsse zu Zerschmetterungen genutzten Wälder, soweit sie erhaltungswürdig und für die Allgemeinheit von Bedeutung sind, in die öffentliche Hand übergeführt werden. Gemeinden oder Kreise, die derartige Bestände anfragen, erhalten von ihm jährliche Zinszuschüsse für die Erwerbspreise. Die Staatsregierung hat sich gleichfalls hieran beteiligt.

In das bereits erwähnte Verzeichnis wird auch das Netz der Durchgangsstraßen aufgenommen, mit welchem der Verband das Gebiet nach einem einheitlichen Plan überlegen hat. Diese Straßen, welche hauptsächlich dem zwischenkommunalen Verkehr dienen sollen, haben eine Gesamtlänge von über 1500 km. Hieron entfallen über 750 km auf vorhandene Provinzial-, Kreis- und Gemeindestraßen der Rest auf Neubauten. Von diesen sind nach Beendigung der Installationszeit über 110 km vollendet. Das Hauptgewicht wurde dabei der Herstellung eines durchgehenden Ost-West-Stragenetzes von Hamm bis an die holländische Grenze beigelegt.

Die durchschnittliche Straßenbreite ist mit 26 m vorgesehen. Hierzu tritt ein beiderseitiger Vorgartenstreifen von je 5 m Tiefe.



Verbandspräsidium des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk Essen (Hauptstraße).
Architekt Professor Körner

der für etwaige spätere Erweiterungen verwandt werden kann. Der Ausbau erfolgt nicht sofort in voller Breite, vielmehr wird zunächst nur der sogenannte Antriebsarm mit 9 m für den Durchgangserker fertiggestellt.

Als Neuheit auf dem Gebiete des Städtelinienverkehrs hat der Befehlgeber dem Verband das Recht verliehen, Städtelinien für Verkehrsänderer mit ähnlichen Rechtswirungen wie bei Straßenfahrwegen. Verkehrsänderer sind Geländefreier, die zur Aufnahme gewisser Verkehrsmitel, wie Eisenbahnen, Straßenbahnen, Kraftwagen u. dgl., bestimmt sind. Auf diese Weise ist es möglich, vorzuschauende Verkehrspläne zu treiben und die zukünftigen Verkehrswege von einer Bewahrung freizuhalten, die sonst sehr leicht zu übermäßigem Kosten oder zu unwirtschaftlichen Umwegen zwingen würde. Die Reichsbahn wie andere Verkehrsunternehmen haben bereits in ausgiebigem Maße von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht, so daß über 600 km Verkehrsänderer zur Fertigstellung gelangt sind.

Die Betreuung des Verbandes mit den Fragen des zwischen-gemeindlichen Verkehrs bringt es mit sich, daß ihm auch hinsichtlich des Kleinbahnwesens gewisse Einflüsse eingeräumt sind. Bei der engen Verflechtung des Gebietes kommt den Straßenbahnen mit ihrem Betriebsnetz mit rd. 1500 km Länge für den Berufsverkehr eine erhebliche Bedeutung zu. — Die Übertragung der Aufsichtsbefugnisse auf den Verbandsausschuß gibt dem Verband die Möglichkeit, die Voraussetzungen für die Genehmigung einseitlich und unter Beachtung der anderen ihm übertragenen Aufgaben zu regeln und die im Gesetz vorgesehenen Folgen der Genehmigung unter den gleichen Gesichtspunkten maßgebend zu beeinflussen.

Die Aufsicht der sonstigen Aufgaben und der Tätigkeit des Verbandes würde, so interessant sie auch nicht nur als Einzelfall sein mag, über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausführen. Erwähnt sei nur noch, daß der Verband sich die notwendigen Mittel im Wege der Umlageverteilung auf seine Mitglieder oder durch Aufnahme von Anleihen, ähnlich wie die Provinzen, verschafft.

Die Staatsaufsicht über den Verband und seine Mitglieder sowie die Ortspolizeibehörden im Rahmen der durch das Gesetz geregelten Zuständigkeiten nimmt in erster Instanz der Verbandspräsident wahr. Er hat seinen dienstlichen Wohnsitz gleichfalls in Essen. Ihm steht als Befehlshaber und Verwaltungsrat in Stelle von Bezirksausschuß und Provinzialrat der Verbandsrat zur Seite. Der Verbandspräsident untersteht durch Ausschaltung des Oberpräsidenten unmittelbar den Ministern für Volkswirtschaft und Innern. Bei der Schaffung der wasserwirtschaftlichen Verbände war die staatliche Aufsicht über bereits vorhandenen staatlichen Stellen übertragen worden. Dieser näherliegende Weg mußte hier ausscheiden, da es sich nicht nur um die Regelung der staatlichen Aufsichtsbefugnisse handelte, sondern gleichzeitig die verschiedenen staatlichen Zuständigkeiten, die bisher bei drei Be-

gierungspräsidenten und zwei Oberpräsidenten lagen, in einer Stelle vereinigt werden sollten.

Dem Verbandspräsidenten obliegen die Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung auf dem Gebiete des Wohnungswesens und der Baupolizei sowie als Aufsichtsbehörde die Sachen der Städtelinienpolizei. Im Herbst 1922 ist für das ganze Gebiet geltende Baupolizeiverordnung, die sich an die Einheitsbauordnung des Ministers für Volkswirtschaft anlehnt, in Kraft getreten. Für die besonderen örtlichen Bedürfnisse ist der Erlass ergänzender Ortspolizeiverordnungen, namentlich zur Einführung von Bauzonen und Bauplänen, zugelassen. Ein weiterer wichtiger Einfluß auf diesem Gebiete ist dem Verbandspräsidenten dadurch gegeben, daß er die staatlichen Hausinspektionsmittel und die vom Lande Preußen gegebenen Staatsdarlehen zur Wohnungsbeförderung für Staatsbedienete zu verteilen hat. Auf diese Weise kann der Zerplitterung des gemeinnützigsten Wohnungswesens in ungenügende leistungsschwache Genossenschaften und der Verzerrung der Hausbauten überaus vorteilhaft begegnet werden. In diesen allgemeinen Rahmen gehört es mit hinein, wenn der Verbandspräsident auf dem Gebiete des Veranlagungswesens von Ortschaften und landwirtschaftlich hervorragenden Gegenden zuzuhändig ist und die Durchführung des Baumschutzes überwacht.

Der Verbandspräsident ist mit der jeweils zuzählenden Reichsbahn-direktion Kleinbahnaufsichtsbehörde über die gesamten Kleinbahnen des Bezirks. Der betrübliche Zusammenstoß der überaus zahlreichen Geschäftskonten und die Befestigung des Gebietes, das die Stadtgrenze zugleich Betriebsgrenze ist, durch Einführung des Gemeinlichkeitsverkehrs geben die verschiedensten Möglichkeiten, den staatlichen Einfluß geltend zu machen. — In den Zeiten des Währungserealles, als Bauland nicht zu beschaffen war, hatte auch die Bestellung des Verbandspräsidenten einigungrecht eine größere Bedeutung gewonnen.

Der Verbandspräsident hat weiter die Verteilung der Mittel aus der werkschaftlichen Erwerbslosenfürsorge für die Arbeiten des Siedlungsverbandes (Verbandsfrühjahrsbau) und zur Selbstmachung arbeitslos gewordener Bergleute (Frühjahrsbau und Gefäßschutz). Schließlich hat der Verbandspräsident die Aufsicht über die Trennstelle für Bergmannswohnstätten in Essen, die kurz vor dem Siedlungsverbande ins Leben gerufen, seitdem 25 000 Wohnungen für Bergleute erstellt hat.

Die Unterbringung des Verbandspräsidenten war zunächst in Betriebsräumen erfolgt. Im vorigen Jahre hat die Stadt Essen ein eigenes Gebäude nebst Dienstwohnung errichtet, das der Fiskus angemietet hat. Gleichzeitig hat auch der Verband, dessen Unterbringung gleichfalls zu wünschen übrig ließ, ein eigenes Dienstgebäude bezogen.

Sehr vieles von dem, was heute der Siedlungsverband plant oder zu dem er die Grundlage legt, ist für die Zukunft bestimmt. Die Auswirkung wird vielleicht erst nach Jahrzehnten eintreten.



Architekt Professor Alfred Fischer Essen-Foto D. W. F. R. Siedlungsverband Ruhrprovinzgebiet, Essen

Johann Gottfried Seume

Von Florian Klenzl, Berlin.



Im Bewußtsein unserer Tage hat sich der Name Seume erhalten. Freilich nicht viel mehr als der Name. Wir erinnern uns wohl, von der Schweiz her, jenes mittelbösen Koboldjünges aus dem wilden Kanada, „der noch Europas überläutete Höflichkeit nicht kannte“ und durch seine Gaffreundchaft den gemütsrohen weißen Herrenmenschen beschämte. Wir zitterten lächelnd die freuburgs-altfränkischen Verse: „Wo man singet, laß' dich ruhig nieder, Wenigster haben seine Lieder.“ Es greift wohl auch noch manchmal ein Bellisfener nach Seumes umfangreicher Reifepilderung, dem „Spaziergang nach Syrakus“. In der breiten Kesselfert ist Seumes geistiges Vermächtnis kaum noch lebendig.

Er ist ein durchaus subjektiver Schriftsteller. „Wie ich es sehe“ könnte gleich Peter Altenberg's modernen Bekennnisbuch jede einzelne seiner Schriften heißen. Unbeliebter als „antiquarischem Erbe“; ein geistlich-sittlichen Dogmen und Axiomatis-

wandert er 1802 auf Schellers Rappen von Leipzig nach Syrakus und 1805 bis ins Innere Zuglands. Er schreit nur, was seine offenen Sinne aufwiegen, im Versen die Schmachtd nach einer reinen, naturgemäßen Lebensform. Man muß nur seine schlichten Sätze richtig verstehen, dann steht man plötzlich vor der erhabenen Menschlichkeit, vor der Unendlichkeit und dem ewigen Anfrieden des Gefühls, vor dem tragischen Schicksal einer Seele, das darin besteht, daß sie eine Seele ist. Güte ist sein tiefster Wertesatz. Aus dieser Güte strömt auch sein Haß gegen die würdlosen Verdäcker der Menschenrechte. Von allen Gelehrten seiner Zeit kennzeichnet er am schärfsten den demoralisierten Adel, die Fron- und Privilegienwirtschaft, die graulose Selbstsucht der Herrscher. In seiner Leidenschaft verholtenen Aphorismensammlung „Aphorismen“, die man erst nach seinem Tode drucken ließ, steht das Lebensbekenntnis: „Und wenn Freiheit und Gerechtigkeit in Schwäbel nichts als eine schöne Morgenröte wäre, so will ich lieber in der Morgenröte sterben, als den allüblichen, ernen Himmel der blinden Despotie über meinem Schädel brennen lassen.“ Wie die Tyrannen im eigenen Vaterlande bekämpft er Napoleon, der „in sich selbst das schönste, reinste, ködste Ideal verdorben, das das Schicksal zum Heil der Menschheit aufstellen zu wollen schien“. In der inneren Fäulnis und im Partikularismus der deutschen Kinder,

weit weniger in der militärischen Überlegenheit des Korps sieht er die wahre Ursache der Katastrophe von Jena: „Ich höre überall von beipatriotischen Preußen, Österreichern und Sachsen, die einander in die Wette häßten; nur höre ich von keinem Deutschen.“ Er selbst war ein Deutscher aus tiefer Überzeugung. Propäthetisch bis in unsere Zeit fingen die Worte, die er im Mai 1807 schrieb: „Eben jetzt möchte ich auf fünf Jahre Erzherzog Karl von Österreich sein. Österreich möchte untergehen, aber Deutschland sollte erwachen!“

Seines mannhafte Charakter hat sich im Strom der Welt unter den härtesten Bedingungen geliebt. Er wurde 1765 in Pöfers bei Rippach als Sohn eines Handmannes geboren. Sein Vater Andreas hatte, wie er, „die Krankheit, keine Ungerechtigkeiten zu können, ohne sich mit Unwillen und nicht selten mit Bitterkeit darüber zu ärgern“. Diese Krankheit brachte ihn in Not. Er mußte die Heimat verlassen und die Nähe von Leipzig eine Pacht übernehmen. Pacht: das hieß damals Grundbesitz für den Gutsherrn, das Söhnen wollte, „aus seiner Neigung zum Soldaten“ Großschmied werden. Aber ein hoher Gönner erkannte bald die steifehrnerne Dogmatik zur Qual. Mit neun Talenten in der Tasche machte er sich nach Frankfurt auf. In Dacha, im Hessischen, erzielte ihm das Glück. Er wurde von Derrbern des Kanongrafen, des „Menschenmüllers“, den Schüler in „Käbale und Kiebe“ der Verachtung aller Menschen preisgab, ergreifen und mit

1500 Mann zur englischen Flotte nach Bremen transportiert. Nach einem mißglückten Ausbruchversuch erlebte er, wie einige seiner Leidensgenossen, Spiegerraten laufen mußten und dann „ewig ohne Erlösung“ nach Kafel in Eisen kamen. Eingesperrt wie ein Tier, wogen die mit den „Söldnern“ nach Nordamerika gebracht, wo er gegen die Unabhängigen kämpfen sollte. Zum Glück kam es kurz darauf zum Frieden. Wieder in Bremen sollte er an die Preußen verschifft werden. Vergeblich suchte er zu entfliehen. Erst nach Hinterlegung einer Kaution, die ihm ein edler Mann zur Verfügung stellte, gelang es ihm, nach Sachsen heimzukehren. Dort nahm er wieder seine Studien an und wurde Magister. 1794 ging er als Geheimsekretär des Generals Jaschhof nach Warschau, wurde Zeuge des grauenvollen Befreiungskampfes der Polen, denen seine volle Sympathie gehörte. Von da an lebte er amtlös und ungebunden in seiner Heimat. Er unternahm seine berühmten Fußwandlungen und näherte sich kümmerlich als freier Schriftsteller. Am 13. Juni 1810 ist er an den Folgen eines Nierenleidens in Leipzig gestorben. Noch im Frühling dieses Jahres war der todfranke Mann nach Weimar zu seinem Freunde Wieland und in seine Heimat gefahren. Da umfing ihn, den rastlosen Wanderer, noch einmal der Friede der Kindheit: „Ehemals war mir alles so groß, so weit, so herrlich, so feierlich; jetzt ist es mir so klein, so eng, aber doch so heimlich, so traulich, daß ich mit aller meiner Welt von Petersburg bis Syrakus hier wohl wieder Knabe werden könnte.“

Zur Zeitgeschichte

General Karl v. Clausewitz.

Die Veranlassung, seiner in diesen Tagen in besonderem Maße zu gedenken, gibt die 150jährige Wiederkehr seines Geburtstages. Sie läßt die Erinnerung an eine Persönlichkeit besonders scharf wieder wach werden, in der man nicht nur bei uns, sondern in der ganzen gebildeten Welt mit Recht den ersten Kriegsschulmeister, den größten aller militärischen Denker, den, streng genommen, einzig echten Klassiker der Strategie bewundert, den die Menschheit bisher hervorgebracht hat.

General v. Clausewitz wurde am 1. Juni 1780 in Burg bei Magdeburg als Sohn eines im Siebenjährigen Kriege verwundeten, ehemaligen preussischen Offiziers geboren. Seine militärische Laufbahn begann bereits frühzeitig im Alter von zwölf Jahren als Fähnleinjunker in einem Infanterie-Regiment. Als solcher nahm er teil an den Revolutionskriegen und der Belagerung von Mainz, um dann, im Jahre 1795 zum Leutnant befördert, nach Friedensschluß bis zum Jahre 1801 in Neuzuppin Garnisonstand zu tun.

Im Jahre 1801 wurde er zu einer von Schadowitz geleiteten Allgemeinen Kriegsschule für Offiziere in Berlin kommandiert und nach Beendigung dieses Kommandos im Jahre 1803 zum persönlichen Adjutanten des Prinzen August von Preußen, des nachmaligen Generalinspektors der preussischen Artillerie, ernannt. In dieser Stellung erlebte er, 1805 zum Stabskapitän befördert, den Zusammenbruch Preußens im Jahre 1806. An der Seite des Prinzen kämpfte er bei Auerstedt und Prenzlau, mit ihm zusammen stellte er bis zum Oktober 1807 das schwere Los französischer Kriegesangefangener, 1809 wurde er Bürochef bei Scharnhorst und dessen Mitarbeiter bei der Neuorganisation der preussischen Armees, 1810 als Major Leiter an der Allgemeinen Kriegsschule. Zwei Jahre später erbat er seinen Abschied, um als Oberstleutnant in russische Dienste zu treten. Er konnte sich nicht dem Bündnis Preußens mit Napoleon gegen Rußland nicht abfinden.

In den Kämpfen der Befreiungskriege hat Clausewitz in den verschiedensten Stellungen zunächst als russischer Offizier teilgenommen, nachdem er vorher als russischer Unterhändler zwischen Nord und Süd entscheidend beim Abschluß der Konvention von Tauroggen mitgewirkt hatte. Erst im April 1814 wurde er als Oberst im preussischen Heere wieder angestellt. Als solcher war er im Feldzuge von 1815 Chef des Generalstabes des III. preussischen Korps und nach Abschluß des Zweiten Pariser Friedens bis zum Jahre 1818 in gleicher Stellung bei Gneisenau in Koblenz tätig.

Im Jahre 1818 erfolgte als Generalmajor seine Ernennung zum Direktor der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin. In dieser Stellung ist er bis zum Jahre 1830 verblieben. 1830 wurde er Artillerie-Inspektor in Breslau, sehr bald danach aber schon erneut wieder Generalstabchef Gneisenaus, als diesem der Oberbefehl über die vier östlichen preussischen Korps während des polnischen Aufstandes übertragen wurde. Es war seine letzte bedeutendere militärische Verwendung. Am 16. November 1831 erlag er in Breslau der Cholera, seiner höchsten Krankheit, der wenige Monate vorher auch Gneisenau zum Opfer gefallen war.

Das ist in großen Zügen das Leben des Generals v. Clausewitz. Es ist nicht so gewesen, wie es den Wünschen des Generals entsprach. Das Schicksal hat es Clausewitz verfaßt, seinen Namen als den eines erfolgreichen Feldherrn der Geschichte einzuzureisen. Sein Ruhm ist anderer Art. Er liegt begründet in seiner geistigen Hinterlassenschaft, seinen Werken. Das bedeutendste von ihnen trägt den Titel „Vom Kriege“. Es ist nach dem Urteil Zeitgenossen in seiner „Deutschen Geschichte“ das Meisterwerk der Militärwissenschaft des Jahrhunderts, nach dem Urteil des Grafen Schlieffen in Inhalt und Form das Höchste, was jemals über den Krieg und sein Wesen gesagt worden ist. Diese beiden Urteile fesselnden besser, als viele Worte es vermögen, den Wert und die Bedeutung des Generals v. Clausewitz. Sie zeigen den wahren Grund, warum man in Deutschland seiner am 1. Juni in besonderem Maße gedenkt.

Hauptmann Hans Rohde.

Max Weber.

Zur Erinnerung an den 10. Todestag (14. Juni).

Die Erscheinung Max Webers ist für das breite deutsche Bewußtsein selbst unerschöpflich geblieben. Mit einer ungewöhnlichen Schnellekraft war der junge Gelehrte in den neunziger Jahren in die Bereiche der Wissenschaft vorgestoßen. Jurist, Nationalökonom,

Historiker; er greift in die mannigfaltigen Bezirke, und die Dinge, die er in die Hand genommen, sind in ein neues Licht gefaßt. Er zeichnet sich, in der Nähe des jungen Naumann, als ein kommender Führer der deutschen Politik, leidenschaftlich in seinem Patriotismus, und eben darum noch qualvoller Sorge über den Gang der wasserländischen Dinge. Dann werfen ihn dunkle Jahre der Krankheit nieder. Der Zusammenbruch scheint vollkommen. Er rettet sich aus ihm, er lernt wieder zu arbeiten, eine vorzügliche, umsichtige und doch seltene, einflussreiche Forscherstätigkeit. (Die Vorlesungen in Heidelberg mag er einstellen.) Sie gilt der Ethik,



der Soziologie der Weltreligionen; zusehendem erfährt ihn die Geschichte der Gegenwart, die russische Revolution von 1905 erklärt, durch ihn Darstellung und tiefste Deutung. Er hat nichts gelernt, um die Klaffisse schreiben zu können, er lernt Spanisch, Hebräisch, um an die Quellen zu kommen. Es ist in der Stille eine unerhörte sammelnde, suchende Tätigkeit; sie greift weiter in die Fragestellung aller Wissenschaft. Der Mann voll subjektiver Leidenschaft, herrlicher Kraft der Erlebnis und des Hoffens, verteidigt die Grenzen des „wertfreien“ Erkennens.

Als er die Kraft wieder wachsen fällt, beginnt er die große Zusammenfassung seines Denkens: das Werk „Wirtschaft und Gesellschaft“. Es ist Torso geblieben, er ist nach seinem Tode erschienen, der gewaltige Torso der deutschen Literatur. Denn alle Elemente der Klaffisse und der marxistischen Ökonomie, alle Stoffzusammenhänge und Deutungen der historischen Betrachtung sind flüssig gemacht, die isolierten „Gesellschaftsteile“ sind in „Ebänen“ verwandelt, das Weltbild des sozialen, politischen, ökonomischen Geschehens unter das Prinzip des Dynamischen gezwungen. Webers Werk ist, nicht in seiner Anlage, aber doch in seinem Ergebnis, die stärkste Antitese zu Karl Marx geworden, sozial es dessen Fragestellung danks.

Das Werk war in wichtigen Teilen schon vor dem Krieg geschrieben. Der mußte nun alle politischen Kräfte Webers werden, und da ihm Aufgaben nicht gestellt wurden, schuf er sich die publizistische Kanzel, von der aus er zum großartigen Kommentator der neueren deutschen Geschichte wurde. Seine Schriften im Krieg atmen die tiefste Unerbittlichkeit eines hohen Charakters; er bejaht die Demokratie, nicht weil sie ihm als Inzident der Glückseligkeit erscheint, sondern weil sie allein die Deutschen zur politischen Nation machen wird. Die Analyse des politischen Systems des wilhelminischen Kaiserturns gebt zum Stärken in der deutschen Publizistik; der Träger der Krone erscheint ihm seit Jahren als das deutsche Verhängnis. Illusionlos sieht er Deutschlands Lage, in tragischer Einsicht gegen Verblendung und militärische Hybris kämpfend; illusionlos auch nach dem Zusammenbruch mit schneidender Härte alle revolutionäre Romantik bekämpfend, doch im Tiefsten an das Volk und seine einfache, laubere Weltanschauung glaubend.

Die deutsche Demokratie hat diesen Mann nicht zu nützen gewußt. Die Regierung berief ihn in die Friedenskommission, wo er mit Hans Delbrück u. a. die Gegenstiftung gegen die Kriegsauslösung bearbeitete. Hugo Preuß ließ sich von ihm bei seinem Verfassungsentwurf beraten, und Weber stimmt die Bestimmung, daß der Präsident unmittelbar dem Volk gewählt werde, ein selbständiger Faktor gegenüber dem Parlament. Dies hat einen symbolischen Zug; Der selber eine gebietende, hinreichende Führernatur gewesen, hat in der Verfassung als Erbe das Führerproblem hinterlassen, in dem er die Bewährungsfrage aller Demokratie sah.

Dr. H.

Die Lage in Indien.

Die Lage in Indien hat in den letzten Monaten und Wochen eine Entwicklung genommen, die zu ersten Besorgnissen Anlaß gibt. Den Auftakt zu dieser Entwicklung gab der Beschluß des letzten indischen Nationalkongresses Ende Dezember vorigen Jahres

in Lahore, die englischerseits in Aussicht gestellte Dominanzverfassung für Indien abzulehnen und die völlige Unabhängigkeit Indiens zu proklamieren. Dieser Beschluß wurde auf einen Antrag Mahatma Gandhis gefaßt, nachdem der indische Nationalkongress vom Jahre vorher bereits mit der völligen Loslösung Indiens vom britischen Reich gedroht hatte, falls bis zum 1. Dezember 1929 nicht die Forderung Indiens auf Umwandlung in ein selbstverantwortliches englisches Dominion seitens Englands entprochen sein sollte. Er ist zu England ebensowenig ernst genommen worden, wie die bald darauf einsetzende Aktion Mahatma Gandhis, England durch die Proklamierung des bürgerlichen Ungehorsams, durch Steuerverweigerung und Boykott der englisch-indischen Verwaltung zu einer Änderung seiner Haltung gegenüber der indischen Unabhängigkeitsbewegung zu bringen. Diese Aktion fand ihren Ausdruck in dem Marsch Gandhis zum Meer und der sich daran anschließenden Durchbrechung des britischen Salzmongopols. Der leitende Grundsatz war Verzicht auf jede Gewaltanwendung. Auf gewaltlosem Wege sollte die Freiheit Indiens erkämpft werden.

Die Entscheidung ist andere Wege gegangen, wie von vornherein zu erwarten war. Die Aktion der Gewaltlosigkeit gab sehr bald in Gewaltansatz ein. In Bombay, Kalkutta, Peshawar und anderen Orten Unruhen. Es kam zu blutigen Zwischenfällen mit der Polizei und zu Unruhen, die immer bedrohlicheren Charakter annahmen, vor allen Dingen aber sich auch auf den alten Winterpalast Britisch-Indiens, die Gebirgsanstellungen des Nordwestens, und die dort stehenden, seit Jahre unruhigen Bergwerke auszuweiten begannen und damit auch England zu härteren Maßnahmen zwangen. England, das bisher aus leichtfertigen Geländen von einer Verhärtung Gandhis, so sehr eine solche auch von diesem prognostiziert wurde, Abstand genommen und sich nur auf die festhalten einzelner seiner Anhänger beschränkt hatte, hat nunmehr, am 3. Mai, Gandhi verhaften lassen und in den bedrohten Gegenden Truppen und Polizeikräfte zusammengeschoben. Welche Auswirkungen und Folgen sich aus diesem englischen Dorgehen ergeben werden, läßt sich noch nicht übersehen. Noch sind reichlich zwei Drittel der Bevölkerung Indiens von der Unabhängigkeitsbewegung nicht erfasst. Der alten Dingen aber haben sich die 60 Millionen indischer Mohammedaner, die trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit gegenüber den Hindus doch eine wichtige Rolle in der politischen Entwicklung Indiens spielen, der Bewegung Gandhis zunächst wenigstens nicht angeschlossen. Sie halten im Gegenteil mehr zu den Engländern, wenn auch weil sie diese mehr lieben als die Hindus, als vielmehr, weil sie mit den Unruhen der englischen Herrschaft in Indien eine religiöse und nationale Terrorisierung durch den Hinduismus fürchten. Dazu aber kommt noch, daß auch die indische Unabhängigkeitsbewegung selbst in sich noch erhebliche Spaltungen aufweist, daß beispielsweise die nationale liberale Föderation, der einige der fähigsten politischen Führer des heutigen Indiens angehören, ganz ausgeschlossen gegen eine völlige Loslösung Indiens von England ist.

Alles dies läßt es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß es England auch diesmal wieder, so ernst auch die Lage in Indien zur Zeit ist, gelingt, auf friedlichem Wege dieser Lage Herr zu werden und einen Ausweg aus ihr zu finden, der nicht nur den Interessen Englands, sondern auch denen Indiens und der übrigen Welt entsprechen würde.

N.

„Altes Berlin.“ Fundamente der Weltstadt.

Von Hans Veenner.

Alt-Berlin — das war seit zwei Menschenaltern eine Angelegenheit emsiger Geschichtsvereine, rühriger berlinischer Geschichtsschreiber, heumutiger Sammler, war sentimentalliches Motiv von



Volksfrühen und Poesien, im engeren Sinne die Kunst der Berliner Porzellanmanufaktur, oder Hofemann, Dörbeck, Glasbrenner, es war auch, fest, jetzigen Beobacht, eine modische Erneuerung des Wiedererweckens, der Wiederverweckens, in neuen Berlin werden die Fremden in Aussichtsanomobile verpacktet, durch die Bräutertage und das Fischerortel

Schmäher befreiten Berlin unter anderem eine Tradition, wie sie Wien, Paris oder London habe. Vergleichlich mit New York werden dabei zugelassen, aber wohl nicht mit lebenswürdiger Uficht.

Berlin kann keine Ufunde vorweisen, in der ihm seine Stadtveränderung befehtigt wird, vermutlich ist ihm etwa 1250 das Stadtrecht verliehen worden. Es hat sich nun erlaubt, von seinen 700 Lebensjahren etwa die ersten 300 als Ufberbürgerstadt zu genießen, am dann in 150 Jahren zur Großstadt und in 50 Jahren zur Weltstadt zu avancieren — ein beliebigeres Genie für eine geschändliche Ufberbürgerstadt, aber offenbar doch nicht nur zur Ufberbürgerstadt geboren.

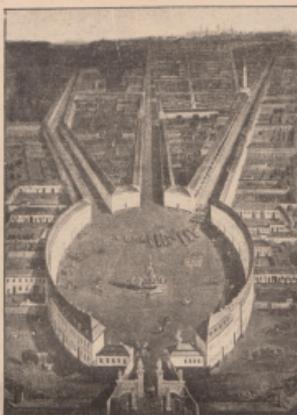
Um den Zukunftsum heraus werden nun in diesem Sommer jene Fundamente der Weltstadt sichtbar werden, die das alte Berlin seit 200 Jahren für uns neue Berlin legte,



Kaiserliches Schloss und Oberer Ausfluß



Berlin a. d. Spree
Friedrichs
1800



Der Belle-Alliance-Platz
mit Wilhelm-, Gedächtnis-, Lindenstraße



Berlin um 1802

durch die schaffende Arbeit der Hände und des Geistes. Es wird sichtbar werden wie Berlin den engen Gürtel der barocken Festung sprengte, neue Wohnbezirke schuf und immer weiter ausgreifend den Kranz von Dörfern errichtete und schließlich mit ihnen zu einem Stadtgebiet, groß wie die Insel Rügen, verformte, zu einer Weltmetropole der Wissenschaft, Leben und Kunst; durch seine Akademie der Wissenschaften und Universität, seine Hochschulen, wissenschaftlichen und künstlerischen Anstalten und Museen, seine Forscher, Erfinder, Philosophen, Dichter und Künstler, seine Theater, seine Musik und seinen Verkehr.

Die Ausstellung des Berlinischen Geschichtsraumes ist eröffnet; sie zeigt alles, was aus der Zeit von Leibniz und der Brüder Humboldt, Eofanders und Knobelsdorffs, Gontards und Schinkels, aus der Zeit der Schillers, Schadows und Rauchs, der Nobbers, Franz Krügers, Meyzels und seit den Tagen Chatterjeffs bis zur Epoche von Helmholtz hierher gehört. Die Bühnenbildkunst von Bartolomeo Deverona bis zum Beginn des XX. Jahrhunderts ist in Projekten und Figuren gezeigt. Die Salons Varnhagen, Enck und Hedwig Dom und Franz Dunder sind neu verstanden, ebenso wie das königliche königliche Theater, das Wallertheater und das alte Deutsche Theater. Der Tunnel über die Spree entließ dem Archiv mit Franz Krüger und den ersten Dichtern des alten Berlin. E. T. Hoffmann, Willibald Alexis, Paul Heyse, dessen „Kinder der Welt“ in der Handschrift ausliegen, Wilhelm Raabe, Theodor Fontane mit dem Fontanezimmer des Märkischen Museums, Friedrich Spielhagen: Bildnisse, Entwürfe und Reliquien. Die Schöpfer, Julius Siede, Georg Hermann, stellen sich vor und die Berliner Dramatik vor und seit der freien Bühne. Die Staatlichen Museen und Bibliotheken sowie die Staatsbibliothek und das Märkische Museum breiten ihre Schätze aus, ebenso die staatliche Musikinstrumentensammlung. Die Musikverlage Bote &



Sehnsüchtigen mit Dom (abgebrochen und erneuert)



Das Brandenburger Tor



Neuer Markt, mit der goldenen Marienkirche

Bock und Schlesinger zeigen ihre Sammlungen und alte berühmte Musikalien.

Nach das kühnste Berlin ist zur Stelle. Vom Südfischmarkt bis zur Galerie berühmter Berliner Typen, die als „Montes Erben“ in effigie erscheinen wollten. Die Kranzgeiß der heutigen Kabarets (Aberdrettel, Hungriger Pegasus, Silberne Punschertine, Siebener Himmel, Schall und Rauch) sowie die Stars und Schlager des alten Wintergartens, des Apollotheaters, des alten Metropolitheatrs und der Stettiner Sängers haben sich eingestellt, und aus alten Tagen weist herüber die Auslagenreihe der Kunstwerke, Böden-Huben-Bälle und Gefindebälle, nachbarlich gefüllt den Erinnerungen von Banketten, von einem Berliner Gasmahl 1842 zu Ehren von Franz Eigt angefangen bis zu der Geler für Henriß Ibsen. Altes Berlin kündigt auch die heitere Muse und künden die Bilder des alten Kladderadatsch und der ersten künftigen Blätter sowie die Tropfen der „Sammetbrüder“ und der Strindbergkneipe „Zum schwarzen Ferkel“.

Das forschende und gelehrte Berlin ist verpflanzelt in dem und um den Ehrenhof der Sommergasse, und überall will das alte Berlin aufstehen und seine Arbeit und seinen Verkehr mit dem alten und neuen Alexanderplatz bildlich und gegenständig spiegeln. — Diese Ausstellung „Altes Berlin“ darf gerade, weil sie einige Gegenstände stark betont, andere, wo das Material spärlicher floß, nur charakteristisch andeuten. Die Alt-Berliner Malerei ist nur gestreift, nachdem sie erst 1929 in Moabit sich so glanzvoll vorstellte, ebenso die Berliner Handelsgeschichte, der fürstlich eine Ausstellung gewidmet war. — Diese große Ausstellung wird hoffentlich aufraumen mit manchem unsinnigen Gerede, sie wird das Wesen von

Berlin und seine Bedeutung für die deutsche Weltgeltung in das richtige Licht setzen, eine Bedeutung, die sich nicht nur nach der wirtschaftlichen Leistung, sondern auch nach der geistigen, künstlerischen und technischen Leistung von Berlin immer wieder richten wird.

Diese Leistung ist um so erschaunlicher, als sie erst in den letzten 150 Jahren vollbracht wurde. Die Imprägung des etwas muskulen Begriffes „Alt-Berlin“ in den Begriff „Altes Berlin“, der als Ausstellungsname zum ersten Male die fundamentale Arbeit der Berliner seit 1700 zusammenfaßt, erscheint daher recht glücklich. Und daß diese Ausstellung sich begibt zu Füßen des Sünnturms der Funtweltstadt Berlin, der auf unzähligen Stellen der Erde gehört wird, sei ihr ein besonders günstiges Omen.



Der verordnete ausgelebte Dienstmann

Eine Nordlandsfahrt für 150 RM.

Auch in diesem Jahre veranstaltet die Hamburg-Eis wieder einige Nordland-fahrten mit ihren bekannten Motorjachten „Monte Oliva“ und „Monte Sarmiento“. Folgender Plan ist vorgegeben:

1. Fjordreise nach den schönsten Fjorden von Schwefel-Isenegeen vom 5. bis 15. Juli. Mindestpreis 150 RM.
 2. Eine Nordkapreise über die schönsten Fjorde nach dem Nordkap vom 15. bis 20. Juli. Mindestpreis 270 RM.
 3. Kombinationsreise über Finnland, Kopenhagen, Göteborg, Oslo nach den schönsten norwegischen Fjorden vom 31. Juli bis 13. August. Mindestpreis 200 RM.
 4. Eine Spitzbergenreise vom 9. bis 27. August nach der Wohlbeheld von Erilbergen über das Nordkap und auf der Hin- und Rückfahrt über besonders schöne norwegische Fjorde. Mindestpreis 300 RM.
- Nähere Auskünfte erteilen die bekannten Vertretungen und Reisebüros.

**BILLIGE
NORDLAND-REISEN
1930**



FAHRPREIS von RM
FJORDREISE mit M.-S. „Monte Oliva“
 6. Juli bis 13. Juli
NORDKAPREISE mit M.-S. „Monte
 Oliva“, 15. Juli bis 30. Juli
SKANDINAVIENREISE mit M.-S.
 „Monte Sarmiento“, 31. Juli bis 13. Aug.
SPITZBERGENREISE mit M.-S.
 „Monte Oliva“, 9. bis 27. August.
 Kostenlose Auskünfte und Drucksaachen durch die
HAMBURG-SÜDMERIKANISCHE DAMPSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT
 Hamburg 8 · Holzbrücke 8

**150.-
AN**

Silber

ist enorm im Preis gesunken; auch
 Ihnen ist jetzt die Möglichkeit gegeben,
 trotz bequemster Zahlungsbedingungen

durch uns

vornehmen, echten Juwelen-Schmuck
 — echte Gold- und Silberarbeiten —
 und echte Schweizer Uhren zu be-
 ziehen;

kostenlos

steht Ihnen unser Prachtkatalog HD
 zur Verfügung. Fordern Sie ihn, es
 verpflichtet zu nichts.

Chronos-Handelsges. in BERLIN W 8
 Kronenstr. 66

**Alles
Berlin**



FUNDAMENTE DER WELTSTADT

**BERLINER SOMMERSCHAU 1930
 FUNKTURMHALLEN 23. MAI - 3. AUGUST**

Wir vermieten

per sofort oder zum 15. 6. 1930

**1½-2½ Zimmer-
wohnungen**

in:
**Berlin-Reinickendorf
 Pankower Allee**

Auskunft:

Vermietungsbüro der Deutschen
 Gesellschaft zur Förderung des
 Wohnungsbaues, Gemeinnützige
 Aktien-Ges., Berlin-Schöneberg,
 Innsbrucker Straße 31

Fernruf: G 1 Stephan 6512-6517

Oberrealschule
mit Internat geleitet von den
Schülern
Illertissen b. Ulm/D.

Technikum Sternberg
Mecklbg.

Vorbildung bis zum **Dr. Harangs Anstalt**
Abitur in
Schülerheim
Halle-Saale Permaf. 1915. — Prospekt. —
Gegründet 1864

Pädagogium Finkenwalde
bei Stettin, Waldstraße 5 Internat
Von Sexta bis Abitur
Besondere Förderung Zurückgebliebener
Prospekt durch die Direktion

Pädagogium
Schwarzburg i. Thür.

Oberrealschule mit Gabelung (Reformrealgymnasium
neueren Stils nach prov. Muster). Sexta-Oberprima.
Staatl. Oberkündigung und Abitur an der Anstalt.
Energie, Erziehung zu Pflicht, Pfllichtgefühl, Höflichkeit,
Achtung vor Erwachsenen, Stäuffer Unterthätigkeit,
Arbeitsam, unt. Aufsicht. Turnen, Wand. Besen-,
Winterop., Gartenarb. Kl. Klassen. Indiv. Bescheid.
Dir. F. Yassell.

Ballenstedt/Harz
Städtisches Welterstorf-Gymnasium mit Realschule
Alumnat für Schüler sämtlicher Klassen.
Auskennt durch den Direktor.

Technikum Jümenau in Thür.
Ingenieurschule f. Maschinenbau u. Elektrotechn.
Wissenschaftl. Betriebslehre, Werkmeisterlehre.

Aktuelle Bücher:

2 Werke der asiatischen Freiheitsbewegung

Weltpolitische Bücherei:

Band 14: H. v. Glasenapp
Britisch-Indien u. Ceylon
88 S. mit 12 Karten

Band 17: G. Menz
China
88 S. mit 7 Karten
in Halbleinen je RM. 3.—

Zentralverlag
G. m. b. H., Berlin W 35



Einbanddecken für 1929

in Halbleinen und Goldprägung RM. 2.—
(zuzüglich Porto und Verpackung)

sowie

Sammelmappen für 1930

RM. 2,50 zuzüglich Porto und Verpackung
Jetzt noch lieferbar!

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

Sobem erschien:

Die weltpolitische Kräfteverteilung

seit den Pariser Friedenschlüssen

von

Professor Dr. OTTO HOETZSCH
M. d. R.

5. umgearbeitete und erweiterte Auflage
mit 3 Kartenskizzen. RM. 1,50.

Der bekannte Außenpolitiker gibt hier einen kurzen Abriss
der weltpolitischen Lage und Konstellation unter besonderer
Berücksichtigung Deutschlands.

Presseurteile:

„Prof. Hoetzsch erörtert höchst lichtvoll, von hoher
Warte aus, Statik und Dynamik der großen Mächte und ihrer
Trabanten, um geistige Rüstung darzubieten.“

„Die knapp und klar geschriebene Studie enthält eine
Fülle von Gedanken, scharfschneidender Urteile und kann daher
als sehr lesenswert empfohlen werden.“

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

Dr. Walther Rothschild / Berlin-Grünwald

Eine neue Zeitschrift

Europa-Wirtschaft

Monatshefte für den wirtschaftlichen Aufbau Europas

Herausgegeben von

Wilhelm Grotkopp

Halbjährlich RM. 3.—, Einzelheft RM. 1.—

Nach Wiederherstellung normaler Finanz- und Währungsverhältnisse und dem Abschluss der Reparationsverhandlungen sind die europäischen Wirtschaftspolitik für die Aufgabe gestellt, Europa von den vorhandenen Wirtschaftshemmnissen zu befreien, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Völkern enger zu gestalten, das Problem des wirtschaftlichen Aufbaues Europas anzupacken.

Diesen Fragen wird sich in den kommenden Jahren das Interesse der Öffentlichkeit in wachsendem Maße zuwenden. Die neue Zeitschrift sieht ihre Aufgabe darin, über alle in das Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaues Europas fallenden Ereignisse zu unterrichten und ist bestrebt, auf die Entwicklung im fortschrittlichen und europäischen Sinne einzuwirken. Neben den wirtschaftlichen Erörterungen werden auch die Fragen der politischen und kulturellen Zusammenarbeit der europäischen Völker nicht außer acht gelassen.

Probheft zur Verfügung

8 TAGE ZUR ANSICHT! ÖLGEMÄLDE

Wir liefern Ihnen von **25,- M.** an gute Ölgemälde namhafter Künstler. Verlangen Sie photog. Abb. Nr. 110 oder beschließen Sie unverzüglich unsere Ausstellung. Für Beamte Zahlungserleichterung ohne Pfandschuld.
DER KUNSTREIS G. m. b. H.
Verkaufsstelle d. DEUTSCHEN MALER-GILDE E.V. BERLIN C 23
Kurze Straße 17 (hinten dem Lehrervereinshaus).
Tel.: Kappeler 4048, Gesch. II-6, Sonnab. 9-2.
Vernachlässigen Sie nicht die deutsche Post.

Abstehende Ohren



verlohen dem Gesicht einen unedlen, oft ständigen Ausdruck. Sie sind oft die Ursache von Spötleien. Wenden Sie **„Receptor“** an, abstehende Ohren werden sofort durch **„Receptor“** anliegend, ohne daß das Hilfsmittel sichtbar ist. Nach einiger Zeit nimmt die Ohrschnecke die verbesserte Form dauernd an. Keine Injektion, sondern schonendes äußerliches Anwendung. Garantie für Unschädlichkeit. Preis **RM 5,75** — Versand gegen Nachnahme durch **Schröder-Schenke, Berlin W 163, Potsdamer Str. 26 b**

Wäscheversand

Leistungsfähig in Normal-Wäsche, Oberhemden, Wochenendhemden, Damen-, Trikot-, Fortier-Wäsche

Paul Hartmann's Gera-Thür. Wäsche Bismarckstr. 17

Abessierbrennen

kann jeder selbst anstellen. Maschinenten u. Klappen sowie sämtliche Ersatzteile, für alle Pumpen passend, sofort lieferbar. Illustrierte Preisliste gratis. A. Schepmann, Pumpenfabrik, Berlin N 206, Chausseestraße 88

Brieftaschen

verlangt oft. Preissenner einer großen Fachschrift mit wertvollen Mitteilungen. **„Die Post“ Berlin N 18 Friedrichstraße 131 d**

Eden Tilster Vollleit-Häse

(gar. m. 45% Fett) u. 1a Steinbuecher-Vollleit-Käsechen können Sie zu Großhandelspreisen dir. v. Fabrikanten beziehen. Postkoll Versand 4 u. 9 Pfd. Dampfmolkerei Szage, Stillen 4 (Bastp.). Kr. Tilsit, Kognit.



Syntex



Günst. Gelegenheitskauf gegen bequeme Zahlung! Nur so lange der Vorrat reicht. Lief. wir uns. bestm. Mod. in Theobsp. 32.108 u. 107 mit einem Ann.-Rabatz v. 33% inkl. 9 neueste Musik-, für nur RM. 44. Geh. Kiche, Größe 48 x 42 x 36. Electro-Metalldrehl. Ja. Doppelterschneckenwerk, Elektroschalldose. — Bei Teilkablung 10% Aufschlag, Mindestanzahlung RM. 14.—, Rest in Wochenraten von RM. 3.—, 8 Jahre Garantie. — Bestellen Sie aber bereits einen Sprechapparat, dann verlangen Sie sofort die probeweise Zusendung unserer ansehnlichen Prospektwiedergabe. Sie werden über den Erfolg erstaunt sein. Die Verbesserung Ihrer Musik ist gewaltig. Z. H. liefern wir diese Schallbox auch mit einem Sonderabatz von 25% zum Preise von RM. 18.—. Auch gegen bequeme Ratenzahlung von wöchentl. RM. 1,50. Harmonika: S. Sprechapp. Fabr. **Schlott, Wohner & Co., Heundörfer-Klingenthal 154, 977**

Gesundung, Band 1:

Stoffwechselkrankheiten und Ernährungsratschen, deren Vermeidung und Heilung / Herausg. Prof. Dr. Guldner 90 S., Dln. 4 u. 5, Zwölft. Umschl. / Ragerkell-Verlag, Berlin S. W. 11, Postfach-Konto 20711.
Preis Verhüten ist besser als heilen!
Bestellen Sie darum sofort „Gesundung“ Bd. 1, Verlag H. S. Hermann GmbH, Berlin S W 19, Postfach-Konto 20711.

Nur Beamten und Festberoideten

Oberbetten,

Unterbetten, Plumesos und Kissen, Bettfedern und Daunendecken

streng vertraulich ohne Anbahnung gegen 9 Monate Ziel und monatliche Raten. Erste Rate 1 Monat nach Lieferung. Jedes Bett wird für jeden Kunden nach geöffneter Wahl besonders angefertigt.

Anderwertige Ware

- 1. Über 400.000 Kunden in mehr als 10.000 Orten
- 2. Über 100.000 Kunden haben zum 2. Mal und oft nachbestellt.
- 3. Viele Kunden schreiben, daß solche gute Betten zum eigenen Preise zu gleichen Preisen nicht zu kaufen sind.

Gebr. Passmann A.-G.

Köln 149, Trierer Straße 13. Großtes Spezialgeschäft Deutschlands. Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste, auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

Jetzt ist der Moselwein billig!

- Versuchen Sie eine 1lter, 30er od. 50er Klato 29.-Eisenacher 30.-
- 29.-Gläserarter Klänsberg 0,05
- 28.-er Schwarze Katz 1,20
- 27.-er Kishimer-Lienley 1,10
- 27.-er Rhosner Rotord 1,70
- 21.-er Fingopater Pflichter (Gast) 1,95
- auch dort. Ferner Rotwein 1.—, Tischwein 0,75, Glas Weißwein oder 4,50 l. u. wof. bestellen u. Preisliste verlangen. Laufende Anerkennungen. Teilzahlung!

Möbel-Namerling

N. Kantatenallee 54 Riesenauweg. Zahlungs-erleichterung 6%.

Nur 10 Pf. täglich



Altenleute Oldenburger Tafelbutter

(Markenbutter) präpariert a. pasteurisiertem Rahm, verpackt täglich frisch in Postpak. von 6 und 9 Pfd. Inh. in 1-od. 1/2-Pfd.-Stücken resp. 200 Nachnahme a. Tagespreis.
Erste Buttdinger Molkerei Gen. Rahmverf. 18. (Hörsl.) Weinleinerl Schmitgen, Borscastel 60 (Mosel).

loftet hoch. Nur. Wenn Sie eine wertvolle, elegante Uhr wünschen, so bestellen Sie die hier abgebildete vergoldete, mit Springwerk versehen Uhr für 10 Pf. Die Uhrn bieten Betrag in 5 Raten. Lassen einbauen, so daß auf den Tag nur 10 Pf. entfallen. Im voraus braucht kein Geld eingelombt zu werden. Die Uhr wird sofort an Sie geliefert. Bei Rückfragen Klüftungsenden innerhalb drei Tagen. Goldbrenn-Str. 2, Götze (Ger. W. B. 50). Schreiben Sie noch heute und fügen Sie diese Anzeige bei. **H. Frige, Bülbel 6, 107, Wengthraße 17.**

EISEN-Betten

Stahlschlafzimmer, Kinderbett, Polster, Stahlmatr. Chaiselongues a. Private. Katalog fr. Eisenmöbelwerkfabrik Suhl, Th.

Erste Buttdinger Molkerei Gen. Rahmverf. 18. (Hörsl.) Weinleinerl Schmitgen, Borscastel 60 (Mosel).

VEREINIGTE

In gesunden Tagen **denk' an die Schäden der Krankheit!**

Hunderttausende schützen sich durch die **VEREINIGTE** vor den materiellen Schädigungen, die jede Krankheit mit sich bringt. Hunderttausende erfahren immer aus neue, daß die **VEREINIGTE** als größte und kapitalkräftigste Krankenversicherung 5 Millionen Mark Kapital 5 Millionen Mark Reserven schnell und kulant jeder Verpflichtung gerecht wird. — Hier abtrennen — An das **Spezial-Büro für die Beamtenverbände Otto Mack, Berlin O 17, Am Ostbahnhof 12** Ich bitte Sie um unverbindliche Zusendung Ihres Prospektes — bzw. unverbindlich bei mir vorzusprechen. Name: _____ Adresse: _____



Anzahl Kaut in 10 Monatsraten — auch Hemden-Damen-Kinderkont. Hüte Schuhe Wäse Badartikel Ledere Katalog HD (jedem Kassanierung) gratis Kaut **Fluss** MAX BERLIN C 58 ROSENTHALER-STR. 58

Casino zu Coblenz.

Weingroßhandlung. Seit über 120 Jahren bestehend. Einzig in seiner Art. Unter ehrenamtlicher Leitung die beste Garantie strengster Reellität. Großes Lager ausgereifter Weine in allen Preislagen von Rhein, Rheinhessen, Mosel, Saar, Ruwer, Nahe und Pfalz. Präsident H. auf Wunsch zu Coblenz, Kellerverwaltung.